Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 33. Mittag-Ausgabe. Achtundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Sonnabend, den 20. Januar 1877.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

4. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 19. Januar).

11 Uhr. Am Ministertisch Camphausen, Falk, Graf Eulenburg, Friedenthal, Achenbach und mehrere Commissarien.

An Regierungs-Vorlagen sind eingegangen der Gesetz-Entwurf, betreffend die anderweitige Einrichtung des Zeughauses in Berlin, und mehrere kleine Gesetzentwürfe.

Die Fachcommissionen sind gewählt und haben sich constituirt: die Geschäftsordnungscommission: Wachler-Breslau (Vorsitzender), Häbler (Stellvertreter), Hansen und Müller-Trier (Schriftführer), Dörck, Sachse, Kropp, Grünhagen, Wagener [Stralsund], von der Goltz, Stahr, Lorentzen, Osterrath, Krebs; die Petitionscommission: Gneist (Vorsitzender), Worzewski (Stellvertreter), Wehr, Meyer [Breslau], von Kleinsorgen (Schriftführer), Jacobi, Wetzki, Vopelius, von Liebermann, Plath, Beleites, Wachler [Schweidnitz], Schröder [Danzig], von Bibra, Krah, Hansen [Oldenburg], Baumgard, Hirsch, von Fürth, Ibach, Bachem, Quadt, von Hoiningen, Hüffer, von Komierowski, Schlüter, Wißmann, Schrader; die Agrarcommission: Schellwitz (Vorsitzender), von Schorlemer-Alst (Stellvertreter), Dammann, Scholz [Neisse] (Schriftführer), Henze, Spangenberg, Vogeley, Graf Schack, Niederschabbehard, Donalies, Runge [Alt-Damerow], Seelig, von Colmar, von Ludwig; die Justizcommission: Löwenstein (Vorsitzender), Freund (Stellvertreter), Wittrock, Dulheuer (Schriftführer), Braun, Müller [Liegnitz], Clauswitz, Warburg von Cuny, Beisert, Thilo, Rübsam, Biesenbach, von Bönninghausen; die Gemeindecommission: Delius (Vorsitzender), Runge [Berlin] (Stellvertreter), Knebel, Gajewski (Schriftführer), Rüppell, v. Rauchhaupt, Lauenstein, Schlieper, Götting, Gärtner, Straßmann, Zimmermann, Kaufmann, Fackeldey; die Unterrichtscommission: Techow (Vorsitzender), Paur (Stellvertreter), Kiesel, Kaufmann (Schriftführer), Hofmann, Seyffardt, Richter [Sangerhausen], Mommsen, Fabel, Krech, Günter [Fraustadt], Wolter, Perger, Franz, Otto [Zellerfeld], Kantak, Schmidt [Sagan], Bergenroth, Röhrig, Brüel, Rahts; die Budgetcommission: von Benda (Vorsitzender), Virchow (Stellvertreter), Röstel, von Grote (Schriftführer), Berger, von Saucken-Tarputschen, Graf Limburg-Stirum, Rickert, Kieschke, Nasse, Wehrenpfennig, Weber [Erfurt], Hammacher, Pilet, Lipke, Osterrath, Röckerath, von Heereman, Stengel, Hänel, Magdzinski; und die Rechnungscommission: Virchow (Vorsitzender), Hammacher (Stellvertreter), Fuchs, Dohrn (Schriftführer), Ludendorff, Michaelis, Strecker.

Der Präsident v. Bennigsen erbittet für das Präsidium die Ermächtigung, dem Könige, sowie dem Prinzen Karl die Theilnahme des Abgeordnetenhauses auszudrücken wegen des Ablebens Ihrer Königlichen Hoheit der Frau Prinzessin Karl. Die Ermächtigung wird ertheilt.

Das Haus tritt in die erste Berathung des Staatshaushaltsetats für 1877/78 ein. Zum Wort haben sich gemeldet: gegen die Vorlage die Abgeordneten von Schorlemer-Alst, Virchow, Dauzenberg, Richter (Hagen), Röckerath, Berger; für: die Abgg. Rickert, v. Benda, Hammacher, v. Rauchhaupt.

Abg. v. Schorlemer-Alst: Ich werde um so weniger heute eine lange Rede halten, als ich in der unangenehmen Lage mich befinde, den sanft dahinfließenden Strom der Budgetberathung in zweiter Lesung einigemale unsanft unterbrechen zu müssen (Hört!); ja, meine Herren, wir haben einige Schmerzen, die bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck kommen werden. Der Finanzminister mußte in seiner Rede zugeben, daß Handel und Gewerbe im Lande sehr schwer darniederliegen; er hätte noch den Hinweis auf die zahlreichen und sich noch immer steigernden Arbeiterentlassungen in allen Centren der Industrie hinzufügen sollen. Mir sind erst heute wieder Thatsachen dieser Art hier am Orte und aus verschiedenen Städten Preußens gemeldet worden. Es ist aber gerade dies eine Erscheinung von der schwerwiegendsten Bedeutung ganz besonders im Hinblick auf die socialdemokratische Bewegung im Lande, deren Stärke ja bei den jüngsten Wahlen in so überraschender Weise hervorgetreten ist. (Sehr richtig!) Diese wirthschaftliche Nothlage macht es uns um so dringender zur Pflicht, in allen nicht unbedingt nothwendigen Ausgaben zurückhaltend zu sein. Der diesjährige Etat lenkt unsere Aufmerksamkeit vorzugsweise wieder auf die klassificirte Einkommensteuer. Dieselbe befindet sich in fortwährendem Steigen; ihre letzte Steigerung im Jahre 1876 betrug 917,000 Mark. Ich meine, daß dieses Wachsthum weniger dem steigenden Wohlstand und Einkommen entspricht, als vielmehr einer sehr festen Anlegung der Steuerschraube. (Widerspruch.)

Ein anderer Umstand, über den allgemeine Klage herrscht, ist der, daß alljährlich eine große Zahl Censiten aus der höchsten Stufe der Klassensteuer die zweifelhafte Ehre genießt, in die Einkommensteuer versetzt zu werden. Hierdurch wird eigentlich die Fixirung des Klassensteuer-Einkommens geradezu illusorisch gemacht, da der Finanzverwaltung die Möglichkeit bleibt, den Ausfall, den sie durch die gesetzliche Fixirung der Klassensteuer erleidet, bei der Einkommensteuer wieder herauszuschrauben. Diesem Umstande muß aber entschieden vorgebeugt werden und das einzige Mittel, das zu thun, ist die Fixirung des Einkommensteuerertrages. Es wäre dies auch nur consequent und logisch; denn es ist eigentlich etwas Unnatürliches, daß neben einer Fixirung der Klassensteuer eine nicht fixirte Einkommensteurr besteht. Bei der traurigen wirthschaftlichen Lage des Landes, die dem Finanzminister selbst die Aufforderung an uns abnöthigte, das Begonnene mit allen Kräften zu vollenden, dagegen nichts Neues anzufangen, mußte ich auf's Peinlichste überrascht sein, der Vorlage betreffs der Erbauung der Ruhmeshalle wieder zu begegnen, um so mehr, wenn ich an die furchtbare Calamität denke, welche durch die Ueberschwemmung der Nogatniederungen über unsere Ostprovinzen hereingebrochen, ein Unglück, das in seinen Folgen und in seinem ganzen Umfange heute noch gar nicht zu übersehen ist. (Sehr wahr!) Da denke ich doch, wäre es die erste und natürliche Pflicht des Staates, alle disponibeln Mittel zur Linderung einer solchen Calamität anzuwenden, nicht aber zu Prunkgebäuden für unseren militärischen Ruhm, der groß genug ist, um auch ohne Ruhmeshalle für lange unvergessen zu bleiben. Was die formelle Behandlung betrifft, so bin ich, namentlich in Rücksicht auf das veränderte Etatsjahr, das diesmal ordnungsmäßig zum ersten Male eintritt und in Rücksicht auf die neu begonnene Legislaturperiode des Hauses entschieden für die Vorberathung des Etats in der Commission. Auf keine andere Weise kann eine sorgsame und gewissenhafte Prüfung der Voranschläge hergestellt werden. Entscheiden wir uns für die sofortige Plenarberathung im Hause, so könnte es leicht passiren, daß mit diesem Etat pro 1. April das Volk in den April geschickt wird. (Gelächter.)

Abg. Rickert. Gerade bei einem neuen Hause in einer neuen Legislaturperiode ist die Budgetberathung im Plenum der Commissionsberathung ganz entschieden vorzuziehen. Das Interesse des Hauses an der Berathung würde geradezu erschwert, wenn die Budgetcommission 6 Wochen lang den Etat zur Vorberathung behält, um ihn dann zu forcirten Verhandlungen vor das Haus zu bringen. Ich kann nur dringend vor diesem Wege warnen und glaube nicht, daß die Majorität des Hauses ihn betreten wird. Im Uebrigen hat der Vorredner aus dem Etat nur einen Punkt herausgegriffen, nämlich die Frage wegen der classificirten Einkommensteuer, die er contingentirt haben will. Bekanntlich hat die nationalliberale und die Fortschrittspartei wiederholt den Antrag eingebracht, die Einkommensteuer — nicht zu contingentiren — denn das würde ich für den allerschlechtesten Ausweg halten, sondern zu quotisiren. Leider aber hat uns der gegenwärtige Finanzminister damals die allerbestimmteste Erklärung abgegeben, daß, so lange er auf diesem Posten stehe, nicht daran zu denken sei, daß einem solchen Antrage Folge gegeben werde. Der Vorredner hat sodann wieder einmal die Phrase von der Steuerschraube vorgebracht. Ich möchte ihn doch einmal bitten, mir auch nur einen einzigen Censiten nachzuweisen, der mit Unrecht in die classificirte Einkommensteuer eingeschätzt ist. So lange er das nicht vermag, wird er mit der allgemeinen Redensart von der Anziehung der Steuerschraube einen ernsthaften Eindruck auf das Haus nicht machen. Gerade die classificirte Einkommensteuer ist jetzt so geartet, daß jeder Beschwerdepunkt für uns wegfällt; denn die Bezirkscommissionen, die jetzt endgiltig über die Einschätzung zu entscheiden haben, sind aus freier Wahl hervorgegangen und die Regierung hat gar keine Mittel gegen sie in Händen. Wende ich mich nun zu dem Etat selbst, so muß ich zunächst meiner Freude darüber Ausdruc geben, daß das von dem Finanzminister uns vorgeführte Finanzbild des Landes uns eine gewisse Beruhigung und Sicherheit über die Entwicklung unserer wirthschaftlichen Verhältnisse giebt. (Widerspruch.)

Wir haben ja nie in Abrede gestellt daß wir unter einem wirthschaftlichen Druck augenblicklich schwer zu leiden haben. Aber dieser Druck lastet nicht nur auf Preußen und Deutschland, sondern in derselben Weise auf Frankreich, Amerka, auf England, er geht durch die ganze Welt. Aber unser gegenwärtiges Etatsbild giebt uns die feste Hoffnung, daß die schlimmsten Zeiten vorüber sind, und daß, wenn auch ganz allmälig, die Gesundung bereits beginnt und begonnen hat. (Widerspruch.) Ja, meine Herren, wenn ein Etat, der in der Einnahme gegen das Vorjahr einen Ausfall von nahezu 9 Millionen und dazu in der Ausgabe ein Mehr von 7½ Millionen für die öffentliche Schuld hat, also eine Differenz von 17½ Millionen, gleichwohl im Ordinarium alle Bedürfnisse des Landes befriedigen kann, so habe ich das Recht zu sagen: das ist eine glückliche Situation. Das haben wir ja immer gewußt, daß jene Zeit der Extraordinarien von 80 oder 100 Millionen nicht andauern könne und ich persönlich bin sehr froh, daß der Finanzminister von dieser „Noth" der großen Ueberschüsse endlich befreit ist. Es sind in den betreffenden Jahren Ueberschüsse auf Ueberschüsse gehäuft, ohne daß die Verwaltung im Stande gewesen wäre, die colassalen disponiblen Mittel fruchtbringend zu verwenden. Wir sind jetzt erst wieder in normale Zustände gekommen, in denen wir dasjenige aufzuarbeiten haben, was in den letzten Jahren als Ueberschuß uns geblieben ist. Ueber das Ordinarium des Etats ist im Ganzen wenig zu sagen; es sind eben die meisten Positionen unverändert geblieben. Hocherfreut aber ist die Wahrnehmung, daß wir, trotz der gedrückten wirthschaftlichen Verhältnisse überall einer allmäligen Steigerung der Einnahmen begegnen; nur die Bergwerksverwaltung ergiebt ein kleines Minus von 2⅛ Millionen. Von den Einzeletats interessirt mich ganz besonders der der Forstverwaltung, und zwar nicht die finanzielle Seite desselben, sondern die Landesculturfrage.

Die Verwüstung der Wälder schreitet überall in einer rücksichtslosen und für den Volkswirth höchst betrübenden Weise vorwärts, und jedes Jahr, welches wir verlieren in dem energischen Versuch, dieser Verwüstung Einhalt zu thun, ist ein unersetzlicher Verlust für die großen Culturinteressen des Landes. Leider sind wir noch immer im Unklaren über das, was die Regierung in dieser Beziehung bereits gethan hat und weiter zu thun gedenkt. Ich möchte an den Finanzminister die dringende Bitte richten, uns durch eine officielle Uebersicht baldmöglichst eine Auskunft darüber zu geben, wie mit dem Ankauf von Flächen zur Aufforstung und mit dem Ankauf von Waldungen in den letzten Jahren vorgegangen ist, damit wir ein Bild bekommen, wie sich das über das ganze Land vertheilt. Dann erst werden wir in der Lage sein, aus sicherer Kenntniß weitere Forderungen zu stellen. Darüber ist kein Zweifel, daß am Rhein und auch bei uns im Osten colossale Massen von Wald niedergeschlagen sind und daß keineswegs dem entsprechend wieder aufgeforstet ist. Ich würde mich gar nicht scheuen, eben so gut, wie ich 4- bis 500 Mill. Mk. für Eisenbahnen bewillige, deren Rentabilität noch sehr zweifelhaft ist, auch einmal 20 bis 30 Millionen dem Finanzminister für großartige Operationen nach dieser Richtung hin zur Verfügung zu stellen. — Was sodann den Eisenbahnetat betrifft, so ist es zunächst sehr erfreulich, daß derselbe mit einem Plus von 4½ Millionen abschließt. Ich habe gerade aus Etat diesem die Ueberzeugung gewonnen, daß wir jetzt den Höhepunkt der wirthschaftlichen Krisis überschritten haben, denn die Veranschlagung der Einnahmen geht von der Voraussetzung aus, daß das Jahr 1876 das schlechteste war und daß das Etatsjahr 1877/78 das Jahr 1875 in Höhe der Einnahmen wieder erreichen, daß es dann aber allmälig wieder bergauf gehen werde. Die Eisenbahneinnahmen würden sich aber noch erheblich höher belaufen, wenn nicht der Staat sich selbst durch den Neubau verschiedener Linien Concurrenz gemacht hätte. Wir haben noch 417 Mill. für Eisenbahnzwecke auszugeben und dabei müssen wir mit einem gewissen Schmerz sehen, daß Millionen ausgegeben werden, die nach unsern heute gewonnenen Anschauungen dem Lande hätten erspart werden können.

Als der Finanzminister bei Einbringung des Etats diese 417 Millionen berührte, machte sich im Hause der Schmerzenslaut „Berlin-Wetzlar!" bemerkbar. Ich möchte sehr daran zweifeln, ob noch heute in dem Maße wie früher bei der Regierung und im Hause die Ueberzeugung feststeht, daß die Bahn Berlin-Wetzlar mit ihren 50 Millionen Thalern eine Nothwendigkeit war. Wir haben auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens noch sehr viel zu thun und ich möchte vor allen Dingen die Regierung bitten, ihr Augenmerk fortan auf die Förderung und den Ausbau der Secundärbahnen zu richten. Auf dieser Förderung der Secundärbahnen beruht nach meiner Ueberzeugung die zukünftige gesunde Entwickelung unseres Eisenbahnwesens überhaupt. — Ich muß sodann noch einmal auf die Frage der Klassensteuerreform zurückkommen. Daß dieselbe nicht als eine abgeschlossene zu betrachten ist, liegt ja in der Natur der Sache und ist auch von Anfang an unsere Ueberzeugung gewesen. Die noch wünschenswerthe Reform betrifft zunächst keineswegs die Contingentirung; diese soll aufrecht erhalten bleiben und der Finanzminister soll den vollen Betrag nach wie vor ungeschmälert erhalten. Aber innerhalb der Contingentirung sieht die gegenwärtige Sachlage in Bezug auf die Veranlagung und Erhebung dieser Steuer bei einzelnen Stufen und namentlich den mittleren Steuerstufen geradezu entsetzlich aus. Diese Art der Erhebung kann unmöglich beibehalten werden. In den größeren Städten kostet jetzt die Erhebung der Klassensteuer ein so colossales Geld, daß der Volksvertreter sagen muß, hier handelt es sich geradezu um eine Verschwendung von Volksmitteln. Es ist die vom Finanzminister erlassene Instruction, deren Ausführung diese Mißstände nothwendig mit sich führt. Nichts hat der Popularität der Klassensteuer-Reform mehr geschadet, als die Quälereien, die Weitläufigkeit und Kostspieligkeit, welche durch jene Instruction in Bezug auf die Steuererhebung herbeigeführt werden, so daß z. B. in Danzig das ganze Jahr hindurch 30 Beamte sitzen, blos um die Klassensteuereinschätzung zu machen. Ich schließe mit den Worten: Die Finanzlage Preußens ist eine solche, daß wir nicht ängstlich zu sein brauchen, sondern ruhig bei extraordinären Ansgaben zugreifen und getrost und mit Zuversicht für die Finanzlage unseres Staates in die Zukunft sehen können. (Beifall.)

Abg. Dauzenberg: Die Ausführungen des Abgeordneten Rickert machten den Eindruck, als spräche er vom Regierungstische aus. Er tadelt uns wegen unserer Schwarzseherei und fordert uns auf, specielle Beispiele zum Beweise vorzubringen, wenn wir über Steuerdruck klagen; sobald wir das aber thun, so sagt er wiederum, daß aus solchen einzelnen Fällen gar nichts für die Allgemeinheit folge. Für seine eigene Behauptung hat er jedoch keinen andern Beweis vorzubringen gewußt, als den schlechten Trost, daß es in anderen Ländern nicht besser aussehe. Ich bin darin anderer Meinung, ich glaube vielmehr, daß unser Vaterland Deutschland, unser Land Preußen von der Calamität am schwersten betroffen ist. Fast naiv möchte ich seine Mahnung nennen, nicht ängstlich zu sein, sondern frisch zuzugreifen. Ich bin der Ueberzeugung, daß man das Geld möglichst sparen müsse, um der Calamität des Landes entgegenzutreten. Der Herr befindet sich aber nicht nur mit dem Abg. v. Schorlemer, sondern auch mit dem Finanzminister selbst in Meinungsdifferenzen, für den er in die Schranken treten wollte. Denn dieser hat seine Rede mit Klagen über die Unglücksfälle eingeleitet, welche uns zu Gemüthe führen sollten und auch konnten, daß das goldene Zeitalter für die Finanzen vorüber sei. Bei dieser Sachlage haben wir wohl alle Veranlassung, den Etat gründlich durch die Commission prüfen zu lassen, und ich würde es bedauern, wenn wir das wichtigste Recht, welches das Haus hat, nicht sorgsam zur Anwendung bringen würden. Mit Recht sagte im vorigen Jahre der College Osterrath: die Zeit, welche auf die sorgsame Prüfung des Etats verwendet wird, wird vom Volke nicht als verloren angesehen werden. Wenn der Finanzminister bei der vorjährigen Etatsberathung die wirthschaftliche Lage unseres Landes als eine außerordentlich gute bezeichnete, so kann jetzt das Gegentheil behauptet werden, und zwar nicht blos für einen bestimmten Zweig, sondern für alle Geschäfte, nicht nur für eine einzelne Provinz, sondern für alle Theile des Landes.

Wenn der Finanzminister auf das Steigen der Wechselstempelsteuer hinweist, so scheint mir dasselbe eher von Zwangsverkäufen, als von einem wieder eintretenden Aufschwung des Geschäftsverkehrs herzurühren. Schon in den früheren Jahren, die vom Finanzminister immer als „gesegnete" bezeichnet worden, habe er selbst und seine Freunde darauf hingewiesen, daß diese „gesegneten" Jahre große Calamitäten im Gefoge haben würden. Jetzt zeige sich, wie übel angebracht die Vertrauensseligkeit gewesen sei, die der Minister — wenn auch etwas schüchterner, als früher — heute wieder in Anspruch nehme. Die Steuern werden täglich gesteigert und werden theilweise so drückend, daß sie kaum zu ertragen sind. Allerdings kann dies auch nicht anders sein, wenn man in der Weise wirthschaftet, wie in der Rheinprovinz, wo man für kostspielige Bauten im Interesse des Irrenwesens allein 10½ Millionen verwendet hat, und zwar in der unpraktischsten Weise, weil man sich nicht die Mühe genommen hat, Sachverständige zu Rathe zu ziehen. Ich kann aus Erfahrung berichten von einer Irrenanstalt, in welcher ich selbst gewesen bin (große Heiterkeit), wo der Director sich darüber beklagte, daß ein Tobsüchtiger 7 Oefen zerschlagen habe, von denen jeder 84 Thaler kostete. Das größte Unglück hat jedoch der Culturkampf gebracht, und ich sage: das Land ist viel zu arm, um den Luxus des Culturkampfes aufbringen zu können. Viele junge Kräfte werden dem Staate entzogen, nur, weil sie ihr katholisches Leben auch nach außenhin bethätigen; dagegen müssen für ihren Ersatz große Gelder aufgewendet werden, wie z. B. im Capitel 84 ein derartiger Posten von 80,000 Mark zur Unterhaltung von höheren Mädchenschulen sich findet. Ich bin weit davon entfernt, mich der Verwendung von Staatsgeldern für den Unterricht zu widersetzen, aber derselbe muß auf wahre Volksbildung gegründet sein, und nicht den Gemeinden unnütze Kosten auferlegen, wie die vorhin erwähnten, welche lediglich durch die Vertreibung der Schulschwestern entstanden sind.

Die Regierung hat ihre Macht benutzt, um rechtliche Ausgaben nicht zu leisten, wie dies durch das Brotkorbgesetz und die anderen verderblichen Gesetze, welche mit der größten Rücksichtslosigkeit durchgeführt werden, geschieht. Die katholische Bevölkerung wird dadurch genöthigt, neben den drückenden öffentlichen Steuern sich selbst noch freiwillige Lasten aufzuerlegen. Ich stimme in dem Wunsche mit dem Finanzminister überein, daß die Ausgaben dem Lande zum Segen gereichen möchten, aber dies ist nicht eher möglich, als bis das Ende des Culturkampfes herbeigeführt ist. Ich sage dies nicht, weil wir Katholiken verzweifeln, ich sage es, weil dieser Kampf Verderben für Kirche und Staat gebracht hat, für den letzteren mehr wie für die erstere, und weil ich glaube, daß durch das Aufhören des Kampfes ein schwerer Druck vom Verkehrsleben genommen wird. Sorgen Sie für Frieden und Einigkeit im Innern des Landes, dann ist für den Aufschwung im Verkehrsleben das erste und sicherste Hinderniß aus dem Wege geräumt.

Finanzminister Camphausen: Ich muß mich feierlich dagegen verwahren, wenn ich meinerseits des Culturkampfes nicht gedenke, daß der Schluß daraus gezogen werden dürfte, als hätte ich kein Auge für seine Nachtheile und als sähe ich gleichgiltig mit untergeschlagenen Armen dem Ende desselben entgegen. Ich kann Sie versichern, jeder Tag, jede Stunde, um welche der Culturkampf abgekürzt werden kann, wird von mir mit der größten Freude begrüßt werden (Beifall); aber — (Rufe im Centrum: Aber!) aber für diese Abkürzung giebt es eine Vorbedingung, nämlich daß die Rechte des Staates nicht mißachtet werden. (Lebhafter Beifall.) Unter dieser Vorbedingung dürfen Sie glauben, daß man an diesem Tische sich nicht weniger herzlich über die Einigung freuen wird, als in der Partei des Vorredners. Dann möchte ich mich noch wegen eines anderen Punktes schützen, weil ich die Erfahrung gemacht habe, daß, wenn man gewisse Aeußerungen unwidersprochen läßt, sie gleichsam als ein erwiesenes Resultat hingestellt werden. Der Vorredner hat gemeint, ich hätte die Jahre 1873 und 1874 als besonders „gesegnete" bezeichnet. Ich habe dieses Wörtchen nur von den Extraordinarien dieser Jahre gebraucht, ein Urtheil über die Jahre an sich ist in keiner Weise darin enthalten. In der Hauptsache habe ich mich nur deshalb erhoben, weil ich mir nicht gefallen lassen wollte, als hätte ich bei dem diesmaligen Etat viel weniger Vertrauen gehabt, als im vorigen Jahre. Ich will nur daran erinnern, daß ich im vorigen Jahre den Etat mit denselben Worten vorgelegt habe, wie in diesem: daß das Vorjahr nicht mit einem Deficit abschließen, sondern wahrscheinlich noch einen kleinen Ueberschuß ergeben wird. (Heiterkeit.) Der Ueberschuß bezifferte sich damals auf 15,000,000 Mk., und es wird mir sehr angenehm sein, wenn sich für 1876 eine gleiche Ziffer herausstellen wollte. Wenn ich im vorigen Jahre noch gesagt habe, daß man der Zukunft muthig entgegensehen könne, so habe ich in diesem Jahre den Ausspruch nicht zurückgenommen, sondern nur nicht wiederholt.

Ich denke heute über die ganze wirthschaftliche Lage der Nation in keiner Hinsicht ungünstiger als in den vorigen Jahren. Aber ebenso wenig, wie ich im Januar 1876 nicht vorhersagen konnte, welche Calamitäten uns im Jahre 1876 treffen würden, ebenso kann ich jetzt nicht voraussagen, was uns die Vorsehung im Jahre 1877/78 bringen wird. Ein solcher Vorbehalt ist ja natürlich selbstverständlich. Auf die weniger günstige Entwickelung des Jahres 1876 hat allerdings die politische Besorgniß, die am Himmel Europas gehangen hat, einen ganz außerordentlichen Einfluß geübt; sie übt diesen Einfluß noch heute und berechtigt wohl zu der Annahme, daß, wenn diese Wolke zerstreut ist, eine Umgestaltung in den wirthschaftlichen Verhältnissen sich herausstellen wird. Gestatten Sie mir das mit einigen Worten näher darzulegen. Wenn Sie sich auf dem Geldmarkte Europas umsehen, so finden Sie gewaltige Capitalien angesammelt, die unbeschäftigt bleiben wegen der Besorgniß in Bezug auf die politische Situation. Die Bank von England hat seit dem April 1876 einen Discontosatz von 2 Procent und zu diesem Discontosatze hat man außerordentlich wenig Capitalien verlangt; der Discontosatz ist sogar bis auf ⅝ pCt. herabgegangen und hat den Satz von 2 pCt. noch nicht ganz wieder erreicht. Bei der Bank von Brüssel beträgt das Disconto 2½ pCt., in Paris 3 pCt., in Amsterdam 3 pCt. und bei unserer Reichsbank ist zwar der Discontosatz etwas höher, aber verhältnißmäßig hat auch die Reichsbank viel unbeschäftigtes Capital. Was bedeutet das? Daß die politische Besorgniß die Speculation abhält mit neuen Unternehmungen vorzugehen, und daß eine Aenderung des Zustandes eintreten wird, wenn diese Besorgniß aufhört, wenn die Speculationslust diesen Abhaltungsgrund nicht mehr hat und sich auf neue Unternehmungen wirft. Männer, die sich angelegen sein lassen, die wirthschaftliche Bewegung zu studiren und zu ergründen, müssen in diesem Augenblicke weit mehr Sorge davor haben, daß die Unternehmungslust nicht wiederum in eine Art Schwindel ausartet, als daß sie zu befürchten haben, daß sie noch lange zurückbleiben wird. Ich kann im Interesse des Landes nur wünschen, daß wir ruhig und besonnen vorgehen mögen, daß die politischen Besorgnisse zerstreut werden mögen und daß man sich dann nicht verleiten lasse zu übertriebener Speculation, sondern daß der Unternehmungsgeist den Anstoß und Sporn gebe zu einer kräftigen Entwickelung der soliden Industrie. (Beifall.)

Abg. v. Benda: Der Abg. von Schorlemer hat, wie mir scheint, seine Einwendung gegen die Einkommensteuer mehr gegen das Gesetz von 1873 überhaupt als gegen die Ausführung desselben gerichtet. Ich bin der Ansicht, daß die Reform dieser Personalsteuer noch nicht abgeschlossen ist und bin der Ueberzeugung, daß es im Laufe der nächsten Jahre völlig unvermeidlich sein wird, mit weiteren Reformen vorzugehen, und zwar nicht mit der Contingentirung, sondern mit der Quotisirung derselben. Es ist ja allerdings richtig, daß wir in den Jahren 1873/74 weit reichere Einnahmen gehabt haben, aber es hat auch Niemand geglaubt, daß es immer und ewig so bleiben würde. Wenn wir die gegenwärtigen Finanzen zwar als knapp, aber zufriedenstellend nnd keineswegs ungünstig ansehen, so müssen wir eben auf zwei Thatsachen als feststehend aufmerksam machen, nämlich erstens, daß seit zwei oder drei Jahren nicht allein in Preußen, sondern im gesammten Europa sich ein erheblicher Niedergang des Verkehrs, des Handels und der Industrie geltend gemacht hat, und zweitens, daß in den Jahren 1871 bis 1876 unsere dauernden Ausgaben nach und nach wesentlich erhöht sind, und daß unser heutiger Etat ohne Deficit noch eine kleine Erhöhung der dauernden Ausgaben bringt. Das ist ein entschiedener Beweis für die Tüchtigkeit unseres Finanzwesens. Alle trüben Schlußfolgerungen, die man an die wirthschaftliche Lage geknüpft hat, sind übertrieben gewesen. Nichts hat mich mehr überrascht, als die Thatsache, daß wir 1875 noch einen Ueberschuß von 15,000,000 Mark gehabt haben und ich möchte für das Jahr

1876 einen ebenso großen Ueberschuß prophezeien. Anders würde sich das Bild unserer Finanzlage gestalten, wenn wir auch die Finanzen des Reiches in Betracht ziehen könnten, wozu wir früher mehrfach in der Lage waren. Ob in der allernächsten Zeit im Reiche die Steuerreform vollendet werden wird, weiß ich nicht; aber Eins muß ich aussprechen, daß wir eine Erhöhung der Matricularbeiträge nicht für statthaft halten, sondern dringend eine Herabsetzung derselben wünschen. Aber wir werden auch mit der Erhöhung der dauernden Ausgaben vorsichtig sein müssen. Wenn für das Extraordinarium auf die großen Restbestände hingewiesen wird, so ist das ja ganz gut; aber diese Restbestände sind alle schon für einen bestimmten Zweck angewiesen und für neue Zwecke bleibt nichts übrig, was besonders im Interesse der Landwirthschaft sehr zu bedauern ist. Wenn der Herr Finanzminister gesagt hat, er habe sich für gewisse Ausgaben bei der Eisenbahn-Verwaltung vorbehalten, dieselben im Wege der Staatsanleihe aufzubringen, da es productive Capitalsanlagen wären, so kann er dabei auf unsere volle Zustimmung rechnen. Ich kann mich nur den Worten des Abg. Rickert anschließen: Nur nicht ängstlich! (Beifall.)

Abg. Richter (Hagen): Der Abg. Rickert hat der Gruppenberathung den Vorzug vor der Commissionsberathung gegeben: ich bin der Ansicht, daß sich die erstere hier ebenso wenig wie im Reichstage bewährt hat, und vielleicht die Plenarberathung derselben noch vorzuziehen sei. Wenn ich gleichwohl für eine Commissionsberathung nicht stimme, so liegt der Grund darin, daß dieser Etat gegen den vorjährigen wenig Neues bietet; das liegt eben an der Knappheit des Geldes. Außerdem ist das Abgeordnetenhaus in der Stärke seiner Parteien fast identisch mit dem vorigen. Es ist ferner unsere Zeit äußerst knapp bemessen, denn bis zum 1. April muß nicht nur der preußische, sondern auch der Reichshaushaltetat festgestellt sein. Ich behaupte, daß eine gründliche Prüfung des Reichshaushaltsetats auch für Preußen im gegenwärtigen Augenblick viel wichtiger ist, als ein zu langes Aufhalten bei dem preußischen Etat. Wenn man die Etatsverlegung als einen zweifelhaften Vortheil bezeichnet hat, so halte ich dagegen diese Maßregel gerade für eine glückliche, denn dadurch haben wir die Garantie bekommen, daß der Etat wirklich vor dem Beginn des Etatsjahres fertig wird. Ob die Eintheilung, daß erst der Landtag und dann der Reichstag tagt, eine glückliche ist, ist eine andere Frage; sie aber ist durch die Verlegung des Etatsjahrs nicht präjudicirt. Ich glaubte, da der Etat so wenig Neues brachte, daß eine umfangreiche Generaldiscussion nicht stattfinden würde, sonst würde ich mich einer so schnellen Anberaumung derselben, 48 Stunden nach Einbringung des Etats, widersetzt haben. Es ist in einer so kurzen Zeit nicht möglich sich über den Etat vollständig zu unterrichten, noch viel weniger sich mit seinen Freunden zu besprechen. Alle bisherigen Redner haben auch mehr Einzelheiten herausgegriffen, die auch bei einer andern Gelegenheit als bei dem Etat vorgebracht werden konnten. Ich bin heute in der Hoffnung hierher gekommen, die erste Lesung des Etats in einer Stunde beendigt zu sehen, ich werde mich aber nun dem Vorgehen der übrigen Herren anschließen und auch über Einzelheiten sprechen. Die Vorlage über die Ruhmeshalle ist in der vorigen Session nicht deshalb nicht zu Stande gekommen, weil die Auseinandersetzung mit den Reichsbehörden wegen des Eigenthumsrechts nicht klar war, sondern es haben, wenigstens auf unserer Seite, für die Stellung zu der Vorlage andere Gründe obgewaltet.

Wir hielten diesen Gedanken überhaupt für einen politisch, gelinde gesagt, nicht glücklichen, und den Zeitverhältnissen nicht entsprechenden. Die Summe ist allerdings etwas gekürzt, ob sich aber die Stellung meiner Freunde dadurch ändern wird, dafür bin ich nicht autorisirt, eine Erklärung darüber abzugeben. Was die Klassensteuer anbetrifft, so bedarf es gar nicht von Seiten des Finanzministers eines Anziehens der Schraube, um den Druck erkennbar zu machen; der liegt in der Natur der ganzen Einschätzung. Wenn die Landräthe und Regierungspräsidenten nicht blos bei dieser Einschätzung als Staatsanwälte fungiren, sondern außerdem Vorsitzende der Commission sind und das ganze Gewicht dieser beiden Stellungen in sich vereinigen können, so ist es ganz natürlich, daß der Druck auf Erhöhung immer stärker wirkt, als der Gegendruck auf Ermäßigung. Wir haben die Beschränkung der classificirten Einkommensteuer immer als Ziel für unsere Finanzpolitik hingestellt, und wir haben dies theilweise durch die Contingentirung zu erreichen gesucht. Daß dies nichts Vollkommnes ist, sondern nur durch den Zwang der Verhältnisse gewählt, darüber waren wir durchaus nicht zweifelhaft, und ich würde die Quotisirung entschieden vorziehen, wenn ich auch die Contingentirung für nicht etwas so absolut Schlechtes halte, wie der Abg. Rickert. Die Weigerung der Annahme der Quotisirung von Seiten des Finanzministers könnte doch kein Hinderniß sein; da würde es sich nur um die Frage handeln, ob der Finanzminister auf die Sache eingeht oder vom Amte abtritt, und die Wahl zwischen den beiden Eventualitäten würde uns eigentlich nicht schwer werden können, wenn wir berücksichtigen, daß der Finanzminister Beförderer des Reichseisenbahnprojectes ist, und wenn wir uns seine neuerlich überaus zweifelhafte Stellung in handelspolitischen Fragen vergegenwärtigen. (Hört!)

Es gab eine Zeit, wo man den Finanzminister mit Lob überschüttete, wegen der günstigen financiellen Lage; ich befand mich in Opposition, weil ich das Lob für ungerechtfertigt hielt und die Lage nur auf allgemeine Zustände zurückführte und der Ansicht war, daß jene Lobeserhebungen wenig geeignet seien, auf der Bahn der Reformen weiter zu führen. Jetzt verfällt man in den entgegengesetzten Fehler und sucht den Minister für die mißlichen Verhältnisse verantwortlich zu machen, und ich fühle mich verpflichtet, dem entgegenzutreten. Diese mißlichen Verhältnisse sind lediglich die Folge der großen Verschiebungen und Erschütterungen des gesammten wirthschaftlichen Lebens in Europa, der drei großen Kriege und der nach denselben hervorgerufenen Ueberproduction, während man zum großen Theil im Lande jenen Zustand den neueren wirthschaftlichen Gesetzen zuschreibt, und diese Meinung sucht man auch noch von den verschiedensten Seiten geflissentlich zu verbreiten. Nicht blos die Vertreter des Centrums äußern derartige Ansichten; nicht blos wird von socialdemokratischer Seite dies zu verbreiten gesucht, wir sehen auch allerhand Interessenten, wie Schutzzöllner, Zünftler u. s. w., die alle im Trüben für ihre Sonderinteressen etwas fischen möchten. Aber in der Energie bei der Verbreitung dieser irrigen Meinung werden alle Parteien von der conservativen übertroffen, mögen sie sich nun als Agrarier, als Deutschconservative, als Partei der redlichen Männer (Heiterkeit), als Partei der Ordnung, als Partei der Wirthschaftsreformer oder sonst wie markiren, um ihren beim Volke gesunkenen Credit wieder von Neuem zu beleben. Das haben wir jetzt bei den Wahlen gesehen, sowohl in den Wahlreden, als in den Flugblättern; alle diese Herren würden aber nicht den großen Einfluß erlangen, wenn sie dabei nicht von den Regierungs-Organen unterstützt würden. Sehen wir es nicht überall im Lande, daß dort, wo es darauf ankommt, einen Liberalen, und namentlich einen Fortschrittsmann, zu entfernen, die Regierung kein Bedenken trägt, diese conservativen Parteien in den Anklagen gegen die neueren Gesetze zu unterstützen, ihnen hilft, die irrige Meinung zu verbreiten, daß an den augenblicklich mißlichen Erwerbs-Verhältnissen die neueren Gesetze Schuld trügen, bei deren Zustandekommen die liberalen Parteien die Regierung unterstützt haben.

Die Regierungs-Organe haben sich nicht entblödet, in diesen Vorwurf gegen uns einzustimmen und uns vorzuwerfen, daß wir in diesen wirthschaftlichen Gesetzen die Regierung unterstützt hätten und für die jetzigen Zustände mitverantwortlich seien. Das würden die Regierungs-Organe nicht gewagt haben, wenn nicht die Haltung des Fürsten Bismarck in der wirthschaftlichen Politik und insbesondere dem Minister Camphausen gegenüber eine so überaus zweifelhafte wäre. Wenn so wichtige Factoren von allen Seiten zusammenwirken, um das Urtheil des Volkes im Lande zu verwirren, um die augenblicklichen wirthschaftlichen Verhältnisse im Lande zurückzuführen auf politische Parteien und Maßnahmen, dann darf man sich zuletzt nicht wundern, wenn die absoluten Feinde der wirthschaftlichen Ordnung, die Socialdemokraten, in ihren Ziffern derartig anschwellen. (Sehr richtig!) Darüber werden wir uns noch bei einer anderen Gelegenheit mit den Herren Ministern, insbesondere mit dem Fürsten Bismarck auseinandersetzen. Die Vorwürfe, die aus den augenblicklichen wirthschaftlichen Verhältnissen gegen den Minister Camphausen erhoben worden sind, sind ungerechtfertigt, aber der Vorwurf wird ihm anhaften, daß er nicht verstanden hat, zur Zeit der Geldfülle eine große Steuerreform durchzuführen. Jetzt wird das viel schwerer sein. Denn eine Reform der klassificirten Einkommensteuer und der Klassensteuer darf nicht blos eine Contingentirung und Quotisirung sein, sondern muß zugleich eine Herabsetzung des Procentsatzes derselben sein, und damit eine Herabminderung der Prämien für Defraude; denn das ist die schlimmste Seite unserer Klassen- und Einkommensteuer. Die Verminderung des Procentsatzes Seitens des Staates würde aber wirkungslos sein, wenn die Communen für ihre Bedürfnisse lediglich auf einen Zuschlag der Staatseinkommensteuer angewiesen wären. Die Grundlage der Steuerreform überhaupt ist die Reform des Communalsteuer-Systems. (Sehr richtig!) Erst dadurch wird die Grund- und Gebäudesteuer ihren richtigen Platz finden. Der Entwurf des Ministers Grafen zu Eulenburg, den er an die Provinzialbehörden geschickt hat, ist schon verurtheilt von der gesammten öffentlichen Meinung, ehe er noch mit den Gutachten zurückgekommen ist. Der Abgeordnete Rickert hat die Finanzlage als eine gesunde und glückliche bezeichnet.

Das kann ich doch nicht so ganz unterschreiben. Wenn man sagt, es seien erhebliche Erhöhungen in der Ausgabepositionen vorgesehen, so ist das auf den ersten Eindruck richtig. Die eigentlichen Staatsverwaltungen haben erhebliche Erhöhungen erfahren, aber sie haben im Extraordinarium erhebliche Verkürzungen erlitten, und stellen Sie die eigentlichen Einnahmen dieser Verwaltungen gegenüber der Ausgabe in ihrem Extraordinarium und Ordinarium, so finden Sie, daß diese Verwaltungen in diesem Etat im Ganzen um 5,500,000 M. geringer dotirt sind als im Vorjahre. Die Erhöhung des Ordinariums wird bestritten einmal durch Verminderung des Extraordinariums, und zum größten Theil durch Vermehrung der eigenen Einnahmen dieser Verwaltungen. Sie werden also gewissermaßen mit ihrem eigenen Fette begossen. Die preußische Finanzverwaltung steht auf überaus gesunden, festen Grundlagen, das habe ich immer anerkannt. Ich habe den früher herrschenden Pessimismus nicht getheilt und freue mich, daß der Abg. v. Benda jetzt in Gefahr ist, in das andere Extrem einzuschlagen. Der große Schaden unserer Finanzlage sind nicht unsere augenblicklichen Verhältnisse, sondern die falsche Eisenbahnpolitik, darin stimme ich mit dem Abg. Rickert überein, allerdings mit vielen mir politisch näher stehenden Freunden nicht. Die Schäden dieser Politik fangen jetzt erst an, zu Tage zu treten. 417 Millionen Mark hat der Finanzminister an Crediten noch in der Hand, dessen sollten wir bei jeder Budgetberathung wohl eingedenk sein. In diesem Jahre kommen zum ersten Male 7½ Millionen Mark als Zinsen dieser Anleihe in dem Etat zum Vorschein. Die Eisenbahn-Einnahmen aber zeigen blos eine Erhöhung von 4⅛ Millionen und hier klafft also das Deficit immer weiter (Sehr wahr!), und im nächsten Jahre wird das in noch höherem Maße der Fall sein. Es kommt nun noch Eins in Betracht: Wir haben Gründersünden in Bewilligung von Eisenbahnanleihen begangen — allerdings nur die Majorität; ich meinerseits kann behaupten, daß ich immer, von Berlin-Wetzlar an, zu den Warnern gehört habe, — und wir haben diese Gründersünden begangen, als man im Lande schon aufhörte zu gründen.

Es wird jetzt erst klar werden, daß diese neubewilligten Eisenbahnen nicht im Stande sind, die Zinsen der erforderlichen Anleihen zu decken, und daß sie vielfach Concurrenten von alten Staatsbahnen sind, also auch nach der anderen Seite hin noch auf eine Verminderung der Erträge hinwirken. Ich meine daher, daß wir noch durchaus nicht auf dem tiefsten Standpunkte unserer wirthschaftlichen Gestaltung und finanziellen Lage angelangt sind (Hört!) und daß wir uns jetzt eigentlich nur noch durch die Ueberschüsse und durch die Aufzehrung von Beständen der Vorjahre oben erhalten. Ich zweifle allerdings nicht, daß wir auch diese Periode in einigen Jahren überwunden haben werden, namentlich, wenn die äußeren politischen Verhältnisse sich günstiger gestalten sollten; vorläufig aber sind wir noch nicht in aufsteigender Linie, wie der Abg. Rickert behauptet. Ich meine, die ganze Finanzlage wird erst vollständig klar, der gegenwärtigen Situation entsprechend, im nächsten Jahre vor uns liegen, und dann behalte ich mir vor, mit dem Finanzminister oder dessen Nachfolger mich etwas gründlicher über die Finanzlage zu unterhalten. (Beifall.)

Abg. v. Rauchhaupt: Als der Finanzminister in seiner ersten diesjährigen Rede von der großen Wassersnoth im Osten des Landes sprach, da mußte man glauben, daß die Wirkungen derselben sich bis in das Finanzministerium am Festungsgraben erstreckten. Die heutigen Erklärungen widersprechen dieser Annahme einigermaßen, immerhin aber mußte jene erste Rede zu einer sparsamen Behandlung des Etats Veranlassung geben. Der Abg. Dauzenberg hat auf die finanzielle Bedeutung des Culturkampfes hingewiesen. Die conservativen Parteien haben auf die Gefahr hin, ihre Popularität zu verlieren, die Versöhnung mit der katholischen Kirche in ihr Programm aufgenommen; ich muß aber auch daran erinnern, daß ich die Freunde des Abg. Dauzenberg, als der erste Bruch mit der Regierung bei Gelegenheit des Schulaufsichtsgesetzes drohte, vor demselben mit fast denselben Worten gewarnt habe, welche heute der Abg. Dauzenberg selbst angewandt hat, nämlich daß dieser Kampf nicht allein zum Verderben des Staats führen werde, sondern auch zum Verderben der Kirche. Wenn sich derselbe darüber beklagt, daß die Mittel für den Culturkampf in dem Etat erscheinen, so erwidere ich ihm, daß ein Vater nicht nur sein verirrtes Kind züchtigt, sondern ihm auch die Mittel zur Rückkehr gewährt. (Heiterkeit.) Der Abg. Dauzenberg hat auch mit Unrecht die übele materielle Lage der arbeitenden Klassen hervorgehoben. Es ist allgemein bekannt, daß die gegenwärtige Krisis ihre Ursache hat in den Capitalverlusten der Mittelklassen nach der Periode der Ueberspeculation. Die arbeitenden Klassen sind davon nicht betroffen worden, sie hatten ihr Geld sicher in Sparkassen angelegt und sind auch jetzt noch in der Lage, das zu thun. Die Löhne sind nicht herabgegangen und die zahlreichen Entlassungen sind eine Folge der Arbeiter-Concentration in Folge der Ueberspeculation, auf welche nothwendig ein Rückschlag folgen mußte. Das ist kein anomaler Zustand.

Ich kann nicht so rosig malen, wie der Abg. Rickert, ich kann aber auch nicht so schwarz malen, wie der Abg. Dauzenberg, denn unser Etat balancirt ja gegenwärtig. Ich glaube aber, daß wir auch auf die Balancirung der künftigen Etats Rücksicht nehmen müssen. Unsere Criminalkosten sind namentlich im Ordinario sehr gewachsen. Man kann nicht verkennen, daß diese Erscheinung ihren Grund hat in der wachsenden Entsittlichung einzelner Volksklassen und es muß Aufgabe aller Parteien sein, die Ursachen derselben aufzufinden. Ich erkenne dieselben einmal in der Schwierigkeit der Grunderwerbung und in der allzu weitgehenden Humanität unserer Strafgesetzgebung. Das Haus selbst hat durch seine Beschlüsse über die Aufhebung der Provinzial-Regierungen dazu beigetragen, daß der Etat des Ministeriums des Innern seine gegenwärtige Höhe behalten muß. Ferner haben sich die den Provinzen zugetheilten Dotationen fast überall als ungenügend ausgewiesen, wenn aber der Abg. Dauzenberg in dieser Beziehung den kostspieligen Bau der Irrenhäuser in der Rheinprovinz tadelt, so möchte ich die Frage aufwerfen, ob die Rheinprovinz ihren bisherigen Anspruch an der Spitze der Intelligenz des preußischen Staates zu marschiren, noch aufrecht erhalten kann und ferner, ob die klageführenden Herren nicht selbst viel dazu beigetragen haben, dort die Intelligenz zu vermindern. (Unruhe im Centrum.) Ich freue mich, daß man sich dazu entschlossen hat, in dem diesjährigen Etat eine Erhöhung für die Rentenbanken einzustellen und daß man die landwirthschaftlichen Lehranstalten und die Schullehrer-Seminarien reichlicher als bisher bedacht hat; denn ich muß bekennen, daß wir für die materielle Lage der Elementarlehrer noch lange nicht das gethan haben, was wir in Anbetracht der Wichtigkeit dieser Angelegenheit und des vorhandenen Lehrermangels eigentlich zu thun verpflichtet wären. Ich bezweifle, daß die Einnahmen aus den Forsten bei den außerordentlich niedrigen Holzpreisen und dem milden Winter sich in dem Maße steigern werden, wie es dieser Etat voraussetzt. Auch die Einnahmen aus der Seehandlung werden nach den bisherigen Ergebnissen nicht die vorausgesetzte Höhe erreichen.

So lange wir die Staatsdomänen verkauften, um Schulden zu decken, konnte man mit der Verwendung der durch den Verkauf gelösten Gelder einverstanden sein, es ist aber bedenklich, die Einnahmen aus denselben zur Deckung laufender Ausgaben, wie das jetzt geschieht, zu verwenden. In die Klagen über die Erhöhung der directen Steuern kann ich nicht einstimmen, ich freue mich im Gegentheil immer, wenn eine gerechte Erhöhung derselben eintritt. Solche Klagen, wenn sie nicht für die Stichwahlen zum Reichstage berechnet sind, haben weiter keinen Zweck, als das Gewissen der Einschätzungs-Commissionen zu verwirren, damit sie nicht Jeden nach Maßgabe seiner wirklichen Einkünfte abschätzen. Ich hoffe, daß die Steuerkraft des Landes noch für einige Jahre ausreichen wird, um den Etat zu balanciren. Aber man muß auch darauf hinarbeiten, daß die Etats kommender Jahre dasselbe Resultat ergeben. Hauptsächlich müssen die Matrikularbeiträge an das Reich dadurch aus der Welt geschafft werden, daß das Reich in Zukunft seine Einkünfte aus indirecten Steuern bezieht. Die communalen Abgaben haben allerdings eine nicht zu rechtfertigende Höhe erreicht, was aber nicht zu verwundern ist, wenn über die Leistungsfähigkeit des Einzelnen sechs bis sieben Körperschaften, Gemeinde, Kirche, Kreis, Provinz, Partikularstaat und Reich natürlich verschieden urtheilen. Ich schließe mit dem Wunsche, daß es dem Finanzminister wie früher mit der Consolidirung der Staatsschuld, so dieses Mal durch die Consolidirung unserer gesammten Verhältnisse gelingen möge, unsere Finanzverhältnisse in andauernd gesunde Bahnen zu lenken. (Beifall rechts.)

Die Discussion wird hierauf geschlossen, die Verweisung des Etats an die Budgetcommission abgelehnt, dagegen die gruppenweise commissarische Vorberathung angenommen.

Präsident v. Bennigsen giebt den Parteien des Hauses anheim, ihm bis morgen 11 Uhr ihre Vorschläge zu machen, welche Mitglieder sie für die einzelnen Gruppen zu präsentiren wünschen. Es wird als Grundlage der Vorschläge wie im vorigen Jahre die Eintheilung in 17 Gruppen angenommen.

Schluß 2½ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 12 Uhr. (Erste Lesung des Gesetzentwurfes über die Umwandlung des Zeughauses in eine Ruhmeshalle und betreffend die Umzugskosten der Staatsbeamten, sowie erste und zweite Lesung einer Reihe von kleineren Gesetzentwürfen.)

Berlin, 19. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Appellationsgerichts-Rath Schmidt zu Kiel und dem Forstmeister a. D. König zu Trittau im Kreise Stormarn den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Regierungs- und Baurath Spieker zu Potsdam, dem Bau-Inspector Lorenz zu Berlin, den Gymnasial-Oberlehrern Professor Dr. Varges zu Stettin und Professor Dr. Freudenberg zu Bonn und dem Stadt-Secretär a. D. Kreutz zu Bunzlau den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Regierungs-, Consistorial- und Schulrath a. D. Bellmann zu Breslau den Königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse; dem Stations-Inspector Krüger am Charité-Krankenhause zu Berlin und dem Friedensgerichtsschreiber Schwind zu Tholey im Kreise Ottweiler den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Sanitäts-Rath Dr. E. Cohn in Berlin den Charakter als Geheimer Sanitäts-Rath verliehen.

Dem Lehrer an der Königlichen Berg-Akademie zu Berlin, Albert Rhodius, ist das Prädicat „Professor" beigelegt worden. — Der Notar Gemünd in Lutzerath ist in den Friedensgerichtsbezirk Sobernheim, im Landgerichtsbezirke Coblenz, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Sobernheim, versetzt worden.

Berlin, 19. Jan. [Se. Majestät der Kaiser und König] hörten heute Vormittag die Vorträge des Polizei-Präsidenten v. Madai und des Vice-Ober-Ceremonienmeisters Grafen zu Eulenburg.

[Die Kronprinzlichen Herrschaften] waren gestern von früh 4 Uhr ab mit den übrigen Mitgliedern der Königlichen Familie an dem Sterbebett Ihrer Königlichen Hoheit der Prinzessin Karl.

Abends 7½ Uhr fuhren Ihre Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten zu den Majestäten. (Reichsanz.)

[Patente.] Dem Civil-Ingenieur Franz Windhausen hier und dem General-Director Adolph Mestern zu Wilhelmshütte bei Sprottau ist unter dem 16. Januar d. J. ein Patent auf ein Verfahren zum Abkühlen und darauf folgenden Erwärmen der atmosphärischen Luft, soweit dasselbe als neu und eigenthümlich erkannt ist, auf drei Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des preußischen Staats ertheilt worden.

⊙ **Berlin**, 19. Jan. [Prinzessin Carl. — Vorbildung zum höhern Verwaltungsdienst. — Die Ausstellung in Philadelphia. — Die englischen Eisenbahnen.] Die Bestimmungen über die Beisetzung der Leiche der Prinzessin Carl werden wahrscheinlich heute getroffen werden. Es wird erwartet, daß die Einsegnung nicht im Dome, sondern in der Schloßkapelle stattfinden wird, wodurch eine Beschränkung in Bezug auf die Betheiligung bedingt würde. — Dem Landtage wird nunmehr unverweilt der Gesetzentwurf über Vorbildung und Befähigung zum höheren Verwaltungsdienste vorgelegt werden. Bekanntlich war über diese Vorlage bereits in der vorigen Session bis auf einen Punkt, die Vorbildung der Landräthe, eine Einigung erzielt worden. In dem neuen Entwurf ist daher an dem bereits Vereinbarten festgehalten und nur die Erledigung des Differenzpunktes ins Auge gefaßt worden. Man nimmt an, daß der Entwurf nunmehr ohne erheblichen Zeitverlust neben den Etatsberathungen wird erledigt werden können. — Die besondere Beilage der nächsten Sonntags-Nummer des „Reichs-Anzeigers" wird in Fortsetzung der Berichte der deutschen Preisrichter über die Weltausstellung in Philadelphia den besonders interessanten Bericht von Dr. Roth über das Sanitätswesen auf der Ausstellung enthalten. — Eine sehr empfehlenswerthe Schrift sind die kürzlich erschienenen Reisestudien über Anlage und Einrichtung der englischen Eisenbahnen von Wehrmann, der im Auftrage der preußischen Regierung die bezüglichen Beobachtungen anstellte. Ueber die rechtlichen Verhältnisse der Eisenbahnen sagt die Schrift, daß wir uns in Deutschland in entschiedenem Vorsprung befinden durch die Ausbildung und Conformität der privatrechtlichen und reglementarischen Bestimmungen über das Frachtgeschäft, sowie durch die bahn- und betriebspolizeilichen Vorschriften. Ganz anders aber stehe es um das öffentliche Recht. Hier sei man in England viel weiter gediehen, indem dort eine regelmäßige Einwirkung des Staats stattfinde. Nachahmung verdiene die Raschheit der Transporte und die Kühnheit und Zweckmäßigkeit der Eisenbahnbauten, aber das Material der Personen- und Güterwagen sei in Deutschland besser.

= **Berlin**, 19. Jan. [Die Behandlung des Budgets. — Nothstandsgesetz. — Petitionen. — Der Welfenfonds.] Noch niemals ist die allgemeine Berathung über den Staatshaushaltsetat im Abgeordnetenhause so schnell und glatt erledigt worden, wie heute und es gilt in allen parlamentarischen Kreisen diese Behandlung des Materials als Signatur für die ganze Session. Die Majorität des Hauses ist von dem ernsten Wunsche durchdrungen, die Arbeiten sachgemäß und ohne jeden unnöthigen Zeitaufwand zu erledigen. Man hat sogar bereits die ursprüngliche Absicht aufgegeben, das gesammte Extra-Ordinarium an die Budgetcommission zu verweisen und will diese nur in außerordentlichen Fällen in Anspruch nehmen. Die überwiegende Anzahl der bis jetzt eingebrachten Vorlagen, welche sämmtlich morgen zur ersten Lesung gestellt werden, dürften durch Berathung im Hause zur Erledigung kommen; fraglich ist es noch, ob man sich dafür entscheiden wird, die Vorlage wegen Umbau des Zeughauses an eine Commission zu verweisen. Die Annahme der Vorlage in ihrer jetzigen Form darf als sicher angesehen werden, zumal da die früheren Bedenken im Wesentlichen beseitigt sind. — Ein Nothstandsgesetz zur Linderung des allerdings sehr umfangreichen Schadens, den die Ueberschwemmung in den Nogat-Niederungen hervorgebracht hat, wird den Landtag jedenfalls beschäftigen. Die Regierung hat die Vorarbeiten zu einem derartigen Gesetz bereits in Angriff genommen. Der Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten hat, abgesehen von diesem Gesetz, Berathungen von Sachverständigen und Vertrauensmännern eingeleitet, um systematische Maßnahmen zur Vorbeugung der Wiederkehr derartiger Unglücksfälle herbeizuführen. — Die Zahl der Petitionen, welche dem Abgeordnetenhause bisher zugegangen, beläuft sich auf gegen 150. Dieselben beanspruchen aber nur in sehr wenigen Fällen ein principielles Interesse. Neben Privatbeschwerden wegen Steuerüberbürdung, Wünschen um Pensionirung oder Gehaltserhöhung, erscheinen Anträge auf Reform der Wahlgesetzgebung mit Einführung eines Census, auf Abänderung der Berggesetzgebung, auf Revision der Pfandleih-Reglements, auf Vorkehrungen gegen die Weichsel-Ueberschwemmungen, Beibehaltung des confessionellen Charakters der Volksschulen, Schutz gegen das Schwarzwild, Wiedereinführung der Schlacht- und Mahlsteuer u. s. w. — Das Präsidium des Abgeordnetenhauses hat heute nach der Sitzung Beileidsschreiben aus Anlaß des Hinscheidens der Frau Prinzessin Carl an Ihre Majestäten den Kaiser und die Kaiserin, sowie an den Prinzen Carl im Namen des Hauses gerichtet. — Eine Interpellation wegen des Welsen-Fonds, wie sie im Herrenhause bereits vorliegt, wird im Abgeordnetenhause, wie man hört, nicht erscheinen. Der dieser Angelegenheit nahe stehende Abg. Windthorst (Meppen) soll von dem Vorgange im Herrenhause durchaus nicht erbaut sein, sondern erklärt haben, daß hierdurch der Sequestrations-Angelegenheit jedenfalls eher geschadet als genutzt werden möchte. Die Regierung soll gegenüber der Interpellation eine sehr kühle Stellung beobachten und gesonnen sein, dieselbe gewissermaßen ablehnend zu beantworten.

[Nach Meldung aus Smyrna] hat am Abend des 14. Januar eine Schlägerei zwischen Matrosen der dort stationirten deutschen und französischen Kriegsschiffe stattgefunden, wobei der Feuerwerkmatrose Stein von S. M. Kanonenboot „Meteor" tödtlich am Kopfe verletzt wurde. Derselbe ist an den Folgen dieser Verwundung bereits verstorben. Bei der gegen die französischen Matrosen beantragten und vom französischen Consul geführten Untersuchung wurde als Thäter von einem deutschen Unteroffizier der Matrose Duvignac vom französischen Aviso „Chateaurenaud" recognoscirt. Es hat sich herausgestellt, daß die deutschen Matrosen von den Franzosen

angegriffen worden sind und sich lediglich vertheidigt haben. Das französische Aviso sollte Smyrna am 17. verlassen. (Reichsanz.)

[Ueber die Rinderpest] schreibt der „Reichsanz.": Nachdem Deutschland längere Zeit von der Rinderpest verschont geblieben, ist die Seuche in den letzten Tagen plötzlich an drei verschiedenen Punkten des preußischen Staates ausgebrochen. Am 8. d. M. wurde sie in den Ortschaften Klutschau und Kaltwasser im Kreise Groß-Strehlitz, Provinz Schlesien, und in den folgenden Tagen in Carolinenhof und Grodisko, desselben Kreises, constatirt. Am 14. erfolgte die Feststellung der Verseuchung zweier Ställe der Vieh-Commissionäre Görris und Wick in Altona und am folgenden Tage wurde die Infection des Viehstandes der Zuckerfabrik Concordia bei Brieg festgestellt.

Auf allen inficirten Punkten, sowie an allen Orten, welche nach den sofort angestellten Ermittelungen über die Art der Einschleppung und Verschleppung der Seuche als verdächtig anzusehen waren, sind unverzüglich die nöthigen Tilgungs- und Sicherheitsmaßregeln zur Durchführung gelangt. Im Besonderen sind die inficirten und verdächtigen Viehbestände getödtet und desinficirt worden, und es hat eine Isolirung der verseuchten Localitäten durch Absperrung stattgefunden.

Nach dem Ergebnisse der bisherigen Ermittelungen müssen alle drei Infectionen auf Einschleppungen aus dem benachbarten Auslande nach Roßberg bei Beuthen in Oberschlesien zurückgeführt werden. Im Besonderen ist ermittelt worden, daß der Hofbesitzer Kaliwoda in Roßberg ungeachtet des bestehenden Einfuhrverbotes Rindvieh über die Grenze zu bringen gewußt hat, daß Händler in Grodisko und der Fleischer Blandowski in Strehlitz von Kaliwoda Ochsen gekauft, und daß die Infection im Kreise Groß-Strehlitz durch einen Transport Ochsen erfolgt ist, welchen Händler aus Grodisko geliefert hatten, sowie, daß die Ausbrüche der Seuche in Altona und auf der Zuckerfabrik Concordia bei Brieg wahrscheinlich durch Viehstücke herbeigeführt worden sind, welche Blandowski verkauft hatte. Gegen den Hofbesitzer Kaliwoda ist die Untersuchung eingeleitet und die Verhaftung beantragt. Auch sind zur Verhütung weiterer Einschleppungen Anordnungen ergangen, um die Grenzsperre zu verschärfen und nach Umständen zu ihrer strengen Durchführung militärische Kräfte heranzuziehen.

[Von Seiten der Fraction der deutschen Fortschrittspartei im Abgeordnetenhause] wird folgende Erklärung veröffentlicht: Mehrere Zeitungen haben in verschiedener Form die Nachricht verbreitet, daß die Fraction der deutschen Fortschrittspartei über Compromisse mit den Ultramontanen in Bezug auf die Präsidentenwahl und auf die bevorstehenden Stichwahlen zum Reichstage verhandelt und Beschlüsse gefaßt habe. Ich bin von der Fraction zu der Erklärung beauftragt, daß keinerlei derartige Anträge der Fraction vorgelegen und den Gegenstand von Erörterungen oder Beschlüssen gebildet haben. Dröse, Schriftführer der Fraction der deutschen Fortschrittspartei.

München, 18. Jan. [Die neue Justizorganisation.] Der „Allg. Ztg." schreibt man: Im Justiz-Ministerium hat man bereits Veranlassung genommen, die zu dem im Reichstag beschlossenen vier Gesetzen (Civilproceß- und Strafproceßordnung, Gerichtsverfassungsgesetz und Concursordnung) nöthigen Uebergangsbestimmungen u. s. w. für Baiern zu schaffen, welche den Anschluß an die neuen Gesetze mit der Wirksamkeit derselben regeln werden. Obgleich sich die Vertheilung der Arbeitskräfte im Justizdienst in Zukunft noch keineswegs beurtheilen, ebenso die Anzahl der nothwendig erscheinenden Richtersenate noch nicht bestimmen läßt, so steht doch schon so viel fest, daß die neue Organisation für das jüngere Beamtenpersonal des Königlichen Justizressorts in Bezug auf die Avancements von großer Bedeutung werden wird. Da die Appellationsgerichte nicht mehr fortbestehen werden, und nur die höheren Stellen der seinerzeitigen Landgerichte, wie die der Präsidenten und Directoren aus dem Stande der Appellationsgerichte besetzt zu werden vermögen, so ist die Aussicht gegeben, daß das Richterpersonal, welches sich zur Zeit bei den Untergerichten befindet, durch die neue Organisation rascher als sonst zu höheren Stellen gelangt. Die Beamten der Justizpflege gehen somit einer Verbesserung ihrer pecuniären Lage und Standesverhältnisse entgegen, welche bei der jetzigen Gerichtsformation nicht immer mit den gemachten langjährigen Studien im Einklang standen.

Straßburg, 18. Jan. [Die elsässischen Reichstagsabgeordneten.] Der „Fr. Z." schreibt man von hier: Ueber die Haltung, welche die neuen Abgeordneten des Elsasses im Reichstage anzunehmen gedenken, verlautet noch nichts. Von mehreren Seiten wird versichert, die Deputirten der elsässer Partei würden sich einer der liberalen Parteien anschließen; aber nach allen Aeußerungen dieser Herren zu schließen, würde man richtiger gehen, wenn man annähme, sie werden eine elsässische Gruppe für sich, mit Heranziehung aller nicht ultramontanen oder absolut protestirender Elemente, bilden. Daß sie ihren Sitz im Centrum und hinter den Conservativen nehmen werden wie die bisherigen Abgeordneten des Reichslandes, davon kann freilich die Rede nicht sein, weil sämmtliche neue Deputirte aus dem Kampf gegen Ultramontane oder reine Protestler hervorgegangen sind; auch Grad und Dollfus haben nichts mit dem Centrum oder den Conservativen gemein; letzterer soll überhaupt gewillt sein, nur vorübergehend, wenn eben die Verhältnisse es ihm als nothwendig erscheinen lassen, in den Reichstag einzutreten. Am richtigsten wird man wohl gehen, wenn man annimmt, daß die fünf Nieder-Elsässer: Bergmann, North, Nessel, Schneegans und Rads sich ihre Plätze bei der Fortschrittspartei wählen, ohne jedoch in diese Partei einzutreten, da sie sich ganz besonders als Elsässer ansehen, und weniger darauf bedacht sein können, in den allgemeinen Parteigruppirungen sich zurecht zu finden, als eben für ihre speciellen Zwecke Parteigenossen in diesen verschiedenen Gruppen zu suchen. Sollten sie in den größeren Angelegenheiten Farbe bekennen, so wären, nach ihrer Vergangenheit und bisherigen Thätigkeit zu schließen, Bergmann, Nessel und Schneegans zur Fortschrittspartei zu zählen. Bergmann wird sich besonders mit nationalwirthschaftlichen Fragen beschäftigen, und sich nicht auf den Standtpunkt der nationalliberalen Freihändler, sondern, wie es das Interesse des Elsasses seiner Ansicht nach gebietet, auf dem einer mehr zum gelinden Protectionismus hinneigenden wirthschaftlichen Politik stellen.

Frankreich.

⊙ **Paris**, 17. Jan., Abd. [Deputirtenwahl in Avignon. Zur Wahl der Budgetcommission. — Der Bischof von Brieuc. — Ministerielles. — Zum Besançonschen Prozesse. — Zur orientalischen Krisis.] Das „Amtsblatt" zeigt heute an, daß am 11. Februar im Bezirk von Avignon ein Deputirter gewählt werden wird. Der von der Kammer zurückgewiesene Monarchist du Demaine hat, wie man weiß, von Neuem seine Candidatur aufgestellt; die Republikaner werden für Eugen Raspail stimmen. Falls derselbe siegt, werden in der Kammer drei Mitglieder der Familie Raspail sitzen. — Man erwartet für nächsten Montag oder Dinstag die Ernennung der Budget-Commission. Es muß sich bei dieser Gelegenheit herausstellen, wie weit der Einfluß Gambetta's auf die gemäßigten Republikaner reicht. Es hieß in den letzten Tagen, das linke Centrum werde die Gambetta'schen Candidaten nicht annehmen, es werde kein Mitglied in die Budget-Commission wählen, welches nicht die Berechtigung des Senats, am Budget-Votum selbstständig Theil zu nehmen, anerkenne. Dies klingt nicht eben wahrscheinlich; Thatsache ist jedoch, daß die augenblickliche Zusammensetzung der Bureaux den Gambetta'schen Candidaten ungünstig ist. Aus diesem Grunde soll der Finanzminister sich mit der Niederlegung des Budgets beeilt haben. — Die Regierung wird sich vielleicht doch genöthigt sehen, gegen die Anmaßung der Bischöfe einzuschreiten. Es bestätigt sich, daß in St. Brieuc am Sonntag von der Kanzel ein bischöflicher Hirtenbrief verlesen worden ist, welcher die jetzige Staatsform in der ungebührlichsten Weise angriff. Es heißt, daß das Ministerium den Bischof wegen Amtsmißbrauch vor dem Staatsrath belangen wird. — Der gestrige Empfang bei Jules Simon war wieder sehr glänzend. Außer anderen auswärtigen Diplomaten waren Lord Lyons und der General Cialdini zugegen. Der Arbeitsminister Christophle ist heute nach Reims gereist, um die dortige Kathedrale zu besichtigen, für deren Restaurirung die Kammer zwei Millionen ausgeworfen hat. Der Justizminister ist in Cannes bei dem Senator Edm. Adam, der bekanntlich der äußersten Linken angehört. Die Reactionären haben ihm also einen neuen Vorwurf zu machen. Man versichert dem „Moniteur" aus guter Quelle, daß Renouard, der General-Procurator beim Cassationshofe, sich in dem bevorstehenden Proceß betr. die gemischten Commissionen des Kaiserreichs, gegen diese Commissionen aussprechen wird. Der Kammerpräsident Willemot von Besançon, der, wie man weiß, der Urheber dieses Processes ist, verweilt augenblicklich in Paris und soll große Anstrengungen machen, die Richter des Cassationshofes für seine Sache zu gewinnen. Der Staatsanwalt Pellerin von Avignon, welcher wegen seines Benehmens bei den letzten Wahlen in eine untergeordnete Stellung nach Toulouse versetzt worden ist, hat seinen Abschied gegeben. Ohne Zweifel war es bei seiner Versetzung hierauf abgesehen. — Sadyk Pascha ist heute in Gesellschaft Nubar Pascha's abgereist. Er hatte gestern lange Unterredungen mit dem Duc Decazes und Thiers. Die Blätter zeigen die Ankunft des Generals Tschernajeff an. Derselbe ist im Hotel du Louvre abgestiegen. Der „Moniteur" äußert sich heute Abend etwas weniger pessimistisch über die Situation im Orient. Er setzt noch eine schwache Hoffnung in den außerordentlichen Conseil, den die Pforte auf übermorgen berufen hat.

Paris, 17. Januar. [Parlamentarisches.] Der Senat hat sich auf vierzehn Tage und die Deputirtenkammer nun auch bis zum nächsten Montag vertagt. An Vorlagen fehlt es nicht, wohl aber am Fleiße der Ausschüsse, die mit ihren Arbeiten nicht vorankommen, weil die Mehrzahl der Deputirten ihre Stellung als müheloses Ehrenamt betrachtet uud es ohnehin sehr an Capacitäten fehlt. Im vorigen Jahre machte sich diese Trägheit und Unfähigkeit fortwährend fühlbar, wie sollte es jetzt anders sein? Die „Debats" reden den Ausschußmitgliedern in's Gewissen: es dürfe nicht mit Grund gesagt werden können: „Nichts, nichts! das ist die parlamentarische Regierungspraxis!" „Bien Public" spricht sich noch schärfer aus: „Keine Ferien", ruft es den Deputirten zu, „die Deputirten sind keine Schulbuben!"

[Zur Ausstellung.] Der „Moniteur Universel" berichtet: „Aus den an das Ministerium des Innern gerichteten Berichten geht hervor, daß nicht alle Departements-Juries für die Ausstellung von 1878 denjenigen Eifer entwickeln, den man von ihnen erwarten könnte. Die Aufmerksamkeit der Regierung richtet sich um so mehr auf diese Thatsachen, da sie sehr gut weiß, daß in mehren Departements die Bonapartisten einen regelrechten Feldzug gegen die Ausstellung durchführen; sie gehen so weit, zu behaupten, sie werde wahrscheinlich nicht Statt finden. Diesen Umtrieben soll es an manchen Orten gelungen sein, die schon von den Gewerbtreibenden gemachten Vorbereitungen aufzuhalten und selbst aufzuheben. Der Minister des Innern wird sich mit dem Handels-Minister über die zu nehmenden Maßregeln verständigen".

[Orleanistisches. — Meline.] Wie verlautet, soll für den Herzog Aumale ein neues Commando, nämlich das eines General-Inspectors der Territorial-Armee gegründet werden. Es ist jedoch sehr fraglich, ob ein solcher Antrag durchgehen wird, da man eine solche Maßregel nicht ergreifen kann, ohne sich an die beiden Kammern zu wenden, wenn man die Verfassung nicht verletzen will. Nächsten Montag soll die Regierung wegen der Ernennung des Deputirten Meline zum Unter-Staatssecetär im Justiz- und Cultusministerium interpellirt werden. Die Clericalen hoffen, daß, falls man dessen Vergangenheit zur Sprache bringt (er war Mitglied der Commune, reichte aber sofort seine Entlassung ein), er genöthigt sein wird, sene Stellung niederzulegen.

Provinzial-Zeitung.

x. **Breslau**, 20. Jan. [Kathol. Lehrerwittwen- u. Waisenkasse.] Nachdem die Wahl der Kassencuratoren und Stellvertreter der kath. Schullehrer-Wittwen und Waisen-Societät überall vollzogen und das Resultat derselben von der Königl. Regierung zusammengestellt worden ist, so ergiebt sich 1. daß die Rectoren Steuer und Deutschmann aus den 166 Wahlkreisen einstimmig wiedergewählt, 2. der bisherige erste Stellvertreter Rector Körnig zum wirklichen Curator, und 3. die Herren Rector Münch, die Hauptlehrer Ertel und Schneeweiß zu Curatoren-Stellvertretern neu gewählt worden sind. Die Wahlperiode dauert vom 1. Jan. 1877 bis Ende December 1882.

—d. **Breslau**, 19. Januar. [Bezirksverein südlich der Verbindungs-Bahn.] In der letzten Versammlung wurde vom Vorsitzenden, Kaufmann und Stadtverordneten Wienanz, zunächst ein Antwortschreiben des Polizei-Präsidiums auf eine Vorstellung des Vereins, betreffend das Meldewesen in hiesiger Stadt, mitgetheilt. Das Wesentliche dieser Antwort ist bereits zu öffentlicher Kenntniß gelangt. — Herr Kordetzky spricht dafür, den Magistrat zu ersuchen, bei Aufstellung des nächsten Pflasterungs-Etats die Weiterpflasterung der Neudorfstraße nicht zu vergessen. Der Vorsitzende verspricht, bei Berathung des Pflasterungs-Etats in der Stadtverordneten-Versammlung diese Angelegenheit zur Sprache zu bringen. — Herr Dr. Tschörtner beantragt, den Magistrat zu ersuchen: 1) die Pflasterungs-Arbeiten auf der Lohestraße bei der günstigen Witterung weiterzuführen und 2) die Trottoirs, deren Legung Magistrat auf der Lohestraße übernommen, sofort zu legen. Eine Debatte über den ersten Antrag wird vertagt, während bezüglich des zweiten beschlossen wird, das Polizei-Commissariat zu ersuchen, schleunigst Sorge dafür zu tragen, daß zwischen Sadowa- und Nachodstraße die Trottoirs, deren Legung Magistrat übernommen, gelegt werden. Zum Schluß der Sitzung wird auf Antrag des Vorsitzenden beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, für die Beleuchtung der linken Seite der Lohe-, Brunnen-, Sedan- und Bohrauerstraße schlennigst Sorge zu tragen.

Breslau, 20. Jan. [Angekommen.] Se. Excellenz Graf v. Maltzan, Ober-Erb-Kämmerer von Schlesien u. freier Standesherr a. Schloß Militsch. — Se. Durchl. Prinz Reuß IX., Landrath u. Rgtsb. a. Neuhoff. (Fr.-Bl.)

X. **Neumarkt**, 19. Jan. [Tageschronik.] Vorgestern Abend hielt im Saale des Gasthauses „zum Kronprinz" im Gewerbeverein Herr Conrector Meyer von hier, vor zahlreicher Versammlung, einen Vortrag über „Heinrich Pestalozzi" dessen Leben und Wirken. — Auf unserem Kirchhofe und zwar auf einigen Gräbern haben die daselbst angepflanzten Lacksträucher Blüthen zur jetzigen Zeit bekommen. Ebenso zeigte dort ein Fliederbäumchen schon vor einigen Wochen eine frische, wenn auch nicht entwickelte Knospentraube. — Hier im nahen Flämischdorf ist ein junger Mann gestern gestorben, der in Folge einer vor Kurzem in einer Schlägerei erhaltenen inneren Verletzung, die er zeither wenig beachtet, gestorben sein soll.

s. **Waldenburg**, 18. Jan. [Zur engeren Wahl. — Städtische Angelegenheiten.] Der Termin zur engeren Wahl zwischen dem Fürsten v. Pleß und dem Zimmerer Kapell ist auf Mittwoch, den 24. d. M., festgesetzt. Bezüglich dieser Wahl werden die liberalen Wahlmänner des Kreises Seitens des liberalen Wahlcomites durch die hiesigen Localblätter ersucht, dem Fürsten v. Pleß die Stimme zu geben. — Gestern Abend wurde einer ziemlich zahlreichen Zuhörerschaft im Saale des Hotels zum „Schwarzen Roß" ein hoher Genuß dadurch geboten, daß Emil Palleske eine Vorlesung hielt, zu der er sich Schillers „Wallenstein" und Kleinigkeiten aus Fritz Reuters Werken gewählt hatte. — Das Lehrer-Collegium des hiesigen Gymnasiums hat zu einem Cyclus von Vorträgen eingeladen und bezweckt dadurch die Gründung eines Stipendienfonds für die Schüler der Anstalt. Sonnabend, den 27. Januar, wird Gymnasiallehrer Pflug in der Aula des Gymnasiums „über den Gang nach Canossa" sprechen, während die folgenden Vorträge über die Frauen im Alterthum, über Victor Hugo und den Darwinismus handeln werden. — Am Dinstage wurde die erste diesjährige Stadtverordneten-Versammlung abgehalten. Dem Bericht, den der Schriftführer, Buchhändler Knorrn, über die Thätigkeit der Stadtverordneten im verflossenen Jahre erstattete. ist zu entnehmen, daß in 16 öffentlichen und 6 geheimen Sitzungen 138 Vorlagen erledigt wurden. Im Monat August verlor das Collegium ein Mitglied, den Kaufmann Distler, durch den Tod. Der Vorstand der Versammlung besteht in diesem Jahre wiederum aus dem Fabrikbesitzer Petzoldt als Vorsitzenden, Bergwerks-Director Ißmer als Stellvertreter, sowie aus dem Buchhändler Knorrn und Obermaler Eitner als Schriftführern. Eine weitere Vorlage für diese erste Sitzung betraf den Wohnungsgeldzuschuß für die Gymnasiallehrer. Nachdem der Minister der geistlichen Angelegenheiten hierzu die Summe von 2500 Mark bewilligt hat, beschloß die Versammlung, den noch fehlenden Betrag durch Erhöhung des Schulgeldes aufzubringen.

8 **Ober-Langenbielau**, 18. Januar. [Zur Reichstagswahl.] Die Reichstagswahl ist in unseren Kreisen diesmal für die liberale Partei, wie schon bekannt sein dürfte, ungünstig ausgefallen. Der ultramontane und der socialdemocratische Candidat, Herr Franz und Capell, sind in der Stichwahl. Der liberale Wahlverein hielt nun gestern eine Generalversammlung ab, um sich über das Verhalten bei der Stichwahl seinerseits klar zu werden. Von verschiedenen Seiten wurde es als das Beste motivirt, sich der Stimmabgabe bei der engeren Wahl zu enthalten, und nur ein Mitglied, welches die Personenfrage zu sehr ins Gewicht fallen ließ, konnte sich damit nicht einverstanden erklären. Dasselbe meinte und hielt seine Meinung mit größter Zähigkeit aufrecht, daß Herr Franz den Industriellen mehr nützen werde als der Socialist; und daß der ultramontane Candidat auch gar kein so verbohrter Schwarzer sei. Dieser Punkt war wohl einiger Erwähnung werth und dieselbe ergab schließlich, da man der festen Ueberzeugung war, daß Franz im Reichstage ebenso schwarz stimmen würde wie jeder andere Centrumsmann, das alte Resultat, sich der Stimmabgabe zu enthalten und die Parteigenossen durch öffentliche Blätter dazu aufzufordern.

—r. **Namslau**, 19. Jan. [Nachträgliches zur Reichstagswahl. — Maßregeln gegen die Rinderpest.] Abgesehen von den in Breslau leider nothwendig gewordenen Stichwahlen ist unser Wahlkreis Brieg-Namslau bisher der Einzige in der Provinz, der einen Fortschrittsmann, den bisherigen Abgeordneten Allnoch, in den Reichstag gewählt hat. Auf diesen Wahlsieg darf, wie bereits in Nr. 25 d. Ztg. hervorgehoben wurde, die Stadt und der Landkreis Brieg mit Recht stolz sein, denn dort erhielt Allnoch von den ihm überhaupt zugefallenen 5445 Stimmen allein 4194 Stimmen, während er in Stadt- und Landkreis Namslau nur 1251 Stimmen erhalten hat. Indem zuerst der Irrthum in Nr. 25 d. Ztg. dahin berichtigt wird, daß pro 1877 nicht 700 Stimmen mehr, sondern 341 Stimmen weniger als 1874 abgegeben worden sind, verlohnt es sich der Mühe, einen Rückblick auf die Verschiebung der Partei-Verhältnisse zwischen 1874 und 1877 zu werfen. Allnoch erhielt bei der diesmaligen Reichstagswahl im Brieger Kreise 488 Stimmen und im Namslauer Kreise sogar 808 St., zusammen also 1296 Stimmen weniger, als bei der vorletzten Reichstagswahl. Während ferner im Jahre 1874 die Ultramontanen und Conservativen für den Grafen Saurma-Tworkau im Brieger Kreise nur 403 und im Namslauer Kreise 1954, zusammen 2357 Stimmen aufbrachten, sind dagegen bei der letzten Wahl dem Candidaten der Ultramontanen, Grafen Hoverden-Hünern im Brieger Kreise 341, im Namslauer Kreise aber 1465, zusammen also 1806 Stimmen, und dem Candidaten der Conservativen, Graf York von Wartenburg-Schleibitz im Brieger Kreise nur 170, im Namslauer Kreise dagegen 1173, zusammen 1343 Stimmen zugefallen, und die beiden Gegencandidaten Grafen Hoverden und York haben mithin zusammen 3149 Stimmen, also 792 Stimmen mehr erhalten als Graf Saurma im Jahre 1874 allein erhielt. Im Brieger Kreise haben diesmal 247, im Namslauer Kreise 94 Wähler, zusammen 341 Wähler weniger ihr Wahlrecht ausgeübt, als 1874. — Wie der Herr Wahl-Commissarius, Landrath Salice Contessa, im gestrigen Kreisblatt mittheilt, hat Herr Allnoch demselben unterm 16. d. M. angezeigt, daß er die Reichstagswahl annimmt. — Nachdem in mehreren Ortschaften des Kreises Groß-Strehlitz die Rinderpest ausgebrochen ist, sind seitens der hiesigen Polizei-Verwaltung sämmtliche hiesigen Besitzer von Rindvieh aufgefordert worden, den Gesundheitszustand ihrer Viehbestände genau zu überwachen und etwaige verdächtige Krankheitsfälle ungesäumt anzuzeigen.

Berlin, 19. Jan. Die heute vorliegenden Nachrichten aus Konstantinopel, denen zufolge die Pforte nunmehr definitiv die Annahme der Vorschläge der Conferenzmächte ablehnt, versetzten die Börse in eine ungewisse Haltung. Das gesammte Coursniveau stellte sich etwas niedriger als gestern, indessen gewann die nach abwärts gerichtete Coursbewegung selbst nicht bei den Hauptspeculationspapieren eine größere Bedeutung. Die Speculation verhält sich unthätig und in abwartender Reserve. Oesterreichische Creditactien und österreichische Staatsbahnactien büßten bei wenig belangreichen Umsätzen ca. 3 M. am Course ein. Zu erwähnen ist noch, daß auch in Lombarden heut einiger Verkehr stattfand. Oesterreichische Nebenbahnen zeigten sich in der Haltung schwächer, blieben aber fast ganz geschäftslos, nur Galizier gingen etwas reger um. Die localen Speculationseffecten konnten ihre gestrigen Notirungen nicht voll behaupten, trugen aber immerhin noch eine verhältnißmäßig feste Physiognomie. Disconto-Commandit 106,90, ultimo 106,75—106,40—106,50, Laurahütte ultimo 70,60—70,50. Sehr bedeutenden Einfluß hatten die politischen Nachrichten auf das Geschäft in den ausländischen Staatsanleihen, die fast sämmtlich in den Coursen nachließen. Namentlich erfuhren Oesterr. 1860er Loose einen stärkeren Rückgang, aber auch in Oesterr. Renten waltete das Angebot vor. Italiener matt. Russische Werthe ebenfalls niedriger. 5% Anleihen pro ult. 81,10 bis 80,50. Nur Amerikaner behaupteten sich in sehr fester Haltung. Preußische Fonds fest aber ruhig, auch in anderen deutschen Staatspapieren hielt sich das Geschäft in sehr engen Grenzen. Einheimische Eisenbahnprioritäten bekundeten eine feste Haltung. Leipziger 4%ige beliebt und steigend, auch für sämmtliche garantirte Devisen zeigte sich gute Frage. Von 4½%igen waren Köln-Mindener VI., Rheinische und Freiburger bevorzugt. Ausländische Devisen vorwiegend matt. Auf dem Eisenbahn-Actienmarkt zeigte sich wenig Kauflust, aber andererseits war auch das Angebot sehr gering. Halberstädter lebhaft steigend. Stettiner wiederum höher. Potsdamer zogen ebenfalls bei regem Verkehre an. Rumänen matter, auch Obligationen ließen nach. Bankactien sehr ruhig. Deutsche Bank lebhaft und gefragt. Börsenhandelsverein steigend. Braunschweiger Creditbank höher. Meininger Bank anziehend. Centralb. f. Ind. und ebenso Preuß. Bodencredit niedriger. Sächs. Bank und Essener Credit matt. Deutsche Handelsbank zu niedrigerem Course offerirt. Antwerpener Centralbank schwächer. Schaaffhausen zu ermäßigter Notiz lebhaft. Industrieactien wenig belebt. Viehhof in guter Frage auf die Erwartung hin, daß in Folge der ausgebrochenen Rinderpest für Berlin ein allgemeiner Schlachtzwang werde verordnet werden. Gericke Weißbier anziehend. Köhlemann Stärkefabrik lebhaft begehrt. Volpi und Schlüter zu höherem Course lebhaft. Breslauer Oelfabriken besser, Norddeutsche Eiswerke fest, Schering chem. Fabrik gut behauptet, Hofmann Wagenbau zu gestriger Notiz in einigem Verkehr, Neuß Waggonfabrik, Eckert Maschinen steigend, auch Egestorf Salz zog etwas an. Märk.-Westf. Bergwerk steigend. König Wilhelm und Tarnowitzer ließen etwas nach.

Um 2½ Uhr: Still. Credit 228,50, Lombarden 121,00, Franzosen 394,00, Reichsbank 153,25, Disconto-Commandit 106,60, Dortmunder —, Laurahütte 70,40, Köln-Mind. 100,40, Rheinische 109,90, Bergische 79,90, Rumänen 14,10, Türken 11,60, Italiener 70,75, 5pCt. Russen 80,50, Oesterr. Goldrente 60,00, Silberrente 54¾, Papierrente 49,00.

Elberfeld, 19. Jan. [Die Einnahmen der Bergisch-Märkischen Eisenbahn] betrugen im Monat December v. J. 4,428,033 M. gegen 4,452,797 M. im December des Jahres 1875, mithin Mindereinnahme 24,764 M. Vom 1. Januar bis Ende December v. J. betrugen die Einnahmen 54,960,167 M. gegen 55,679,994 M. im Jahre 1875, mithin Mindereinnahme 719,827 M.

Die Einnahmen der Ruhr-Sieg-Eisenbahn incl. Finnentrop-Olpe betrugen im Monat December v. J. 499,785 M. gegen 608,522 M. im Monat December 1875, mithin Mindereinnahme 108,737 M. Vom 1. Januar bis Ende December vor. Jahres betrugen die Einnahmen 6,671,509 M. gegen 6,919,362 M. im Jahre 1875, mithin Mindereinnahme 247,853 M.

Die Einnahmen der Bergisch-Märkischen und der Ruhr-Sieg-Eisenbahn zusammen betrugen im Monat December v. J. 4,927,818 M. gegen 5,061,319 M. im Monat December 1875, mithin Mindereinnahme 133,501 Mark. Vom 1. Januar bis Ende December v. J. betrugen die Einnahmen 61,631,676 M. gegen 62,599,356 M. in demselben Zeitraum des Jahres 1875, mithin Mindereinnahme 967,680 M.

Breslau, 20. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. 20 Cm. U.-P. — M. 66 Cm

Berliner Börse vom 19. Januar 1877.

Fonds- und Geld-Course.

Consolidirte Anleihe.	4½	104,10 bz
do. de 1876	4	95,30 bz
Staats-Anleihe	4	95,70 bz
Staats-Schuldscheine.	3½	92,75 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	144 bzG
Berliner Stadt-Oblig.	4½	102,10 G
Pfandbriefe. Berliner	4½	101,50 bzB
Pommersche	3½	83,20 B
do.	4	95,75 bz
do.	4½	102 bz
do. Lndsch.Crd.	4½	— —
Posensche neue.	4	94,60 bz
Schlesische	3½	84,75 bz
Landschaftl.Central	4	95 bzG
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	95,20 bz
Pommersche	4	95 bz
Posensche	4	95 bz
Preussische	4	95 bz
Westfäl. u. Rhein.	4	98,60 B
Sächsische	4	96 B
Schlesische	4	95,60 B
Badische Präm.-Anl.	4	121 G
Baierische 4% Anleihe	4	123,25 bzG
Cöln-Mind.Prämiensch.	3½	108,20 bzG
Sächs. Rente von 1876	3	70,90 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 246,50 G
Badische 35 Fl.-Loose 140 bzG
Braunschw. Präm.-Anleihe 85,70 bzG
Oldenburger Loose 134,60 bz

Ducaten 9,69 bz	Fremd. Bkn. — —
Sover. 20,34 G	einl.i.Leip. — —
Napoleons 16,26 G	Oest. Bkn. 161,85 bz
Imperials 16,70 G	do.Silbergd. 188,50 G
Dollars — —	Russ. Bkn. 251,25 bz

Hypotheken-Certificate.

Krupp'schePartial-Obl.	5	103,40 bz
Unkb.Pfd. d.Pr.Hyp.-B.	4½	99,25 bzG
do. do.	5	100,75 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,75 bzG
do. do. do.	5	101 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,10 G
Unkünd. do. (1872)	5	101 bz
do. rückzb. à 110	5	106,50 bz
do. do. do.	4½	98,25 bzG
Unk. H.d.Pr.Bd.-Crd.B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	102,90 bzG
Kündb.Hyp.Schuld. do.	5	100 G
Hyp.-Anth.Nord.-G.C-B	5	101 bzG
do. do. Pfandbr.	5	101 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	105,25 G
do. do. II. Em.	5	101,25 bz
Goth. Präm.-Pf. I Em.	5	108 bz
do. do. II. Em.	5	107 bz
do. 5%Pf.rkzlbr.m.110	5	102 G
do. 4½ do. do. m.110	4½	96,75 bz
Meininger Präm.-Pfdb.	4	102,90 bzB
Oest. Silberpfandbr.	5½	— —
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	— —
Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Ge.	5	85,50 bzB
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	100 bzG
do. do.	4½	94 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102,40 bz
do. do. 4½%	4½	98 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	— —

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1./1.1./7.)	4⅕	54,30 bz
do. (1./4.1./10.)		54,30 bz
do. Goldrente	4	60,40 bzB
do. Papierrente	4⅕	49,25 bz
do. 54er Präm.-Anl.	4	93 G
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	99,70 bz
do. Credit-Loose	—	291,50 bz
do. 64er Loose	—	245,10 bz
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	143,10 bz
do. do. 1866	5	143 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	79 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfdb.	5	— —
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	77 G
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	70,25 bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	62,40 B
Amerik. rückz. p. 1881	6	105,50 G
do. do. 1885	6	101,90 etbzG
do. 5% Anleihe	5	103 bz
Französische Rente	5	— —
Ital. neue 5% Anleihe	5	70,75 bz
Ital. Tabak-Oblig.	6	102,25 bzG
Raab-Grazer 100Thlr.L.	4	65,40 bzG
Rumänische Anleihe.	8	— —
Türkische Anleihe	5	11,75 B
Ung.5%St.-Eisenb.-Anl	5	65,90 bz

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 39,30 bz
Türken-Loose 27 bzB

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	—
do. III. v. St.3½g.	3½	84,25 G
do. do. VI.	4½	98,30 bzG
do. Hess. Nordbahn.	5	103,10 G
Berlin-Görlitz	5	102 bz
do.	4½	87,50 bz
do. Lit C.	4½	84,75 B
Breslau-Freib. Lit. D.	4½	— —
do. do. E.	4½	— —
do. do. F.	4½	— —
do. do. G.	4½	— —
do. do. H.	4½	— —
do. do. J.	4½	89,75 bz
do. do. K.	4½	89,75 bz
do. von 1876	5	98,60 bzG
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	91 B
do. Lit. B.	4½	99,75 G
do. IV.	4	92,10 bz
do. V.	4	— —
Halle-Sorau-Guben	5	100,30 G
Hannover-Altenbeken	4½	89,50 G
Märkisch-Posener	5	102 B
W.-M. Staatsb. I. Ser.	4	97,50 B
do do. II. Ser.	4	95 G
do. do. Obl. I. u. II.	4	97,50 G
do do. III. Ser.	4	95,50 G
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	— —
do. E.	3½	84,25 G
do. F.	4½	101 bzG
do. G.	4½	— —
do H.	4½	101,50 B
do. von 1869.	5	102,75 bzB
do. von 1873.	4	— —
do. von 1874.	4½	98,20 bz
do. Brieg-Neisse	4½	97,50 B
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	102,90 bz
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl.Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	5	101,75 G
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	100,90 bzG
Schlesw. Eisenbahn	4½	99,25 bzG
Chemnitz-Komotau.	5	94,25 bz
Dux-Bodenbach.	5	60 bzG
do. II. Emission	5	41 bzG
Prag-Dux.	fr.	24,25 bz
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	82 B
do. do. neue	5	79,50 bz
Kaschau-Oderberg	5	53,40 bzB
Ung. Nordostbahn	5	48,60 bz
Ung. Ostbahn.	5	47,50 bzG
Lemberg-Czernowitz	5	62 G
do. do. II.	5	63 bzG
do. do. III.	5	54,50 bzB
Mährische Grenzbahn	5	52,50 G
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	13,75 G
do. II.	fr.	— —
Kronpr.-Rudolf-Bahn	5	61 bzG
Oesterr.-Französische	3	314,25 bz
do. do. II.	3	296 G
do. südl. Staatsbahn	3	229 bz
do. neue	3	229,20 bz
do. Obligationen	5	76,80 bzG
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	48,75 bz
Warschau-Wien II.	5	94 G
do. III.	5	90,10 G
do. IV.	5	84,25 B
do. V.	5	79,30 bzG

Wechsel-Course.

Amsterdam 100Fl.	8 T.	3	169,75 bz
do. do.	2 M.	3	168,90 bz
London 1 Lstr.	3 M.	2	20,35 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3	81,20 bz
Petersburg 100SR.	3 M.	6	244,50 bz
Warschau 100SR.	8 T.	6	249,50 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	161,65 bz
do. do.	2 M.	4½	160,40 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1875	1876	Zf.	
Aachen-Mastricht.	1	—	4	20,80 bzB
Berg.-Märkische.	4	—	4	79,90 bz
Berlin-Anhalt	8	—	4	104,50 bzG
Berlin-Dresden	2½	0	4	23,00 bzB
Berlin-Görlitz	0	0	4	22,40 bz
Berlin-Hamburg	10	—	4	170,00 bzB
Berl. Nordbahn	—	—	fr.	— —
Berl.-Potsd-Magdb	3	—	4	78,60 bzG
Berlin-Stettin	6⅘	—	4	121,25 bzG
Böhm. Westbahn.	5	—	5	68,00 bzG
Breslau-Freib.	5⅔	—	4	69,10 bz
Cöln-Minden	4 6/10	—	4	100,70 bz
do. Lit. B.	5	—	5	— —
Cuxhaven. Eisenb.	0	0	6	— —
Dux-Bodenbach.B.	0	0	4	7,25 bz
Gal. Carl-Ludw.-B.	6	—	4	83,25 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	13,25 bz
Hannover-Altenb.	0	0	4	16,25 bz
Kaschau-Oderberg	4½	—	5	35,50 bz
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	41,75 G
Ludwigsb.-Bexb.	8	—	4	176,25 bz
Märk.-Posener	0	0	4	17,75 bz
Magdeb.-Halberst.	6	—	4	107,00 bzG
Magdeb.-Leipzig.	14	—	4	— —
do. Lit. B.	4	—	4	— —
Mainz-Ludwigsh.	6	—	4	95,50 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	96,50 bz
Oberschl. A.C.D.E.	16½	—	3½	128,00 bzB
do. B.	16½	—	3½	120,50 bz
Oesterr.-Fr. St.-B.	6½	—	4	391,50-4 bz
Oest. Nordwestb.	5	5	5	191,00 bz
Oest.Südb.(Lomb.)	0	0	4	122,50-21 bz
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	23,25 bz
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	—	4	105,00 G
Reichenberg-Pard.	4½	—	4½	43,80 bzG
Rheinische	8	—	4	110,00 bz
do. Lit. B. (4%gar.)	4	4	4	91,75 bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	12,25 bzG
Rumän. Eisenbahn	2½	—	4	14,10 bzG
Schweiz Westbahn	0	0	4	22,25 bz
Stargard-Posener	4½	4½	4½	101,00 bzG
Thüringer Lit A.	8½	—	4	127,50 bzG
Warschau-Wien.	7½	—	4	180,25 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	5	—	5	50,50 bz
Berliner Nordbahn	—	—	fr.	— —
Breslau-Warschau	0	—	5	— —
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	30,25 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	5	37,75 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	—	5	32,60 bz
Märkisch-Posener	3½	—	5	67,50 bz
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	69,50 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	96,50 bzG
Ostpr. Südbahn	5	—	5	73,50 bzG
Pomm. Centralb.	—	—	fr.	— —
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	—	5	109,25 etbzG
Rumänier.	8	—	8	59,00 bzG
Saal-Bahn	1½	—	5	25 B
Weimar-Gera.	2½	—	5	21,50 G

Bank-Papiere.

Allg.Deut.Hand.-G.	0	—	4	24,00 G
Anglo DeutscheBk.	3	—	4	43,00 B
Berl. Kassen-Ver.	17,7	—	4	154 bz
Berl. Handels-Ges.	5	—	4	68,00 bzG
do.Prod.-u.Hdls.-B.	9½	—	4	79,75 bz
Braunschw. Bank.	6⅔	—	4	98,10 bzG
Bresl. Disc.-Bank	2	—	4	68,00 bzG
Bresl. Makl.Ver.-B.	4	—	4	— —
Bresl. Wechslerb.	4	—	4	71,50 G
Coburg. Cred.-Bnk.	2½	—	4	67,25 bzG
Danziger Priv.-Bk.	7	—	4	115,00 bz
Darmst. Creditbk.	6	—	4	93,70 bz
Darmst. Zettelbk.	5½	—	4	96,20 bzG
Deutsche Bank	3	—	4	81,20 bzG
do. Reichsbank	—	—	4½	153,25 bz
do. Hyp.-B. Berlin	7½	—	4	92,00 bz
Disc.-Comm.-Anth.	7	—	4	106,90 bz
do. ult.	7	—	4	106,75-6,50 bz
Genossensch.-Bnk.	5½	—	4	88,00 G
do. junge	5½	—	4	95,60 G
Gwb. Schuster u. C.	0	—	4	4,75 bzG
Goth. Grundcredb.	8	—	4	101,50 bz
Hamb. Vereins-B.	8⅔	10	4	117,00 G
Hannov. Bank	6 7/15	—	4	101,75 etbzB
Königsb.Ver.-Bank	5¼	—	4	80,00 G
Lndw.-B. Kwilecki	6	—	4	62,00 B
Leipz. Cred.-Anst.	7	—	4	168,00 G
Luxemburg. Bank	6½	—	4	91 G
Magdeburger do.	5½	—	4	104,00 B
Meininger do.	3	—	4	69,80 bzB
Moldauer Lds.-Bk.	0	—	4	15,50 G
Nordd. Bank	6¾	—	4	122,50 G
Nordd. Grundcr.-B.	9	—	4	93,50 bzG
Oberlausitzer Bk.	2	—	4	50,50 G
Oest. Cred.-Actien	5	—	4	228,50-8,50
Posner Prov.-Bank	2½	—	4	99,40 bzG
Pr.Bod.-Cr.-Act.-B.	8	—	4	95,00 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	—	4	115,50 bz
Sächs. Bank	10	—	4	117,25 bz
Sächs. Cred.-Bank	5½	—	4	94 G
Schl. Bank-Verein	5	—	4	86,75 B
Schl. Vereinsbank	5	—	4	89,50 G
Thüringer Bank.	5	—	4	70,90 bzG
Weimar. Bank.	6	—	4	41,50 G
Wiener Unionsb.	2 6/7	—	4	80,00 G

In Liquidation.

Berliner Bank	—	—	fr.	88,50 G
Berl. Bankverein	0	—	fr.	45 G
Berl. Lombard-B.	—	—	fr.	— —
Berl. Prod-Makl.-B.	—	—	fr.	57,50 G
Berl. Wechsler-B.	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	—	—	fr.	95,25 G
Deutsche Unionsb.	0	—	fr.	86,00 G
Hannov. Disc.-Bk.	8⅕	—	fr.	95,60 etbzG
Hessische Bank	—	—	fr.	56,00 G
Ostdeutsche Bank	—	—	fr.	89 G
Pr. Credit-Anstalt	—	—	fr.	— —
Ver.-Bk. Quistorp	—	—	fr.	1,25 G

Industrie-Papiere.

Berl.Eisenb.-Bd-A.	0	—	fr.	710,00 bzG
D. Eisenbahnb.-G.	0	—	4	10,50 bzG
do. Reichs-u.Co.-E.	0	—	4	67,10 G
Märk.Sch.Masch.G.	0	—	4	15,00 bzG
Nordd. Gummifab.	5	—	4	52,50 G
do. Papierfabr.	0	—	4	— —
Westend, Com.-G.	0	—	fr.	2,20 G
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	18	—	4	116,75 B
Schles. Feuervers.	20	—	4	700 etG
Donnersmarkhütte	3	—	4	19,00 B
Dortm. Union	0	—	4	6,80 bz
Königs- u. Laurah.	2	—	4	— —
Lauchhammer	0	—	4	23,50 G
Marienhütte	8	—	4	68,00 G
OSchl. Eisenwerke	1½	—	4	8 G
Redenhütte	0	—	4	5,75 G
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	6,00 G
Schl.Zinkh.-Actien	6	—	4	77,75 bzB
do. St.-Pr.-Act.	6	—	4½	86,00 bz
Tarnowitz. Bergb.	0	—	4	40,00 bz
Vorwärtshütte	0	—	4	14 B
Baltischer Lloyd	0	—	4	41,00 G
Bresl. Bierbrauer.	0	—	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	6⅔	—	4	46,75 B
do. ver. Oelfabr.	1	—	4	44,50 G
Erdm. Spinnerei	1	—	4	17,00 G
Görlitz. Eisenb.-B.	4	—	4	39,60 G
Hoffm's Wag.Fabr.	0	—	4	15,90 B
O. Schl. Eisenb.-B.	0	—	4	27,75 B
Schl. Leinenind.	8	5⅓	4	68,25 G
do. Porzellan	0	—	4	11 B
WilhelmshütteMA.	4½	—	4	71,00 G

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Wien, 19. Jan. Die „Wiener Ztg." veröffentlicht die Ernennung des Gesandten in Haag, Freiherrn Haymerle, unter Verleihung der Würde des Geheimenrathes zum Botschafter bei dem König von Italien.

London, 18. Jan. Der Geheimrath hat die Verfügung, nach welcher vom 17. d. ab alle aus Deutschland kommenden Schafe und Ziegen binnen 10 Tagen nach der Ausschiffung geschlachtet werden müssen, auch auf Schafe und Ziegen, welche aus Frankreich und Belgien kommen, ausgedehnt.

Washington, 19. Jan. Der Antrag des aus Mitgliedern des Senats und der Repräsentantenkammer bestehenden Comites, die Entscheidung über die Präsidentenwahl einem aus je 5 Mitgliedern des Senats und der Repräsentantenkammer und des höchsten Bundesgerichtshofs bestehenden Tribunals zu übertragen, hat, von den Verfechtern extremer Schritte abgesehen, eine sehr beifällige Aufnahme gefunden und wird als ein Beweis dafür angesehen, daß der Congreß durch eine rasche Entscheidung der Frage die herrschenden Besorgnisse zu beseitigen wünscht.

Konstantinopel, 18. Jan. An der heutigen Sitzung des großen Raths, in welcher die Ablehnung der Conferenzvorschläge ausgesprochen wurde nahmen im Ganzen etwa 200 Würdenträger Theil. Die Berathung währte fast 3 Stunden. Nach der Verlesung eines Exposé über die Vorkommnisse seit Beginn der Insurrection erfolgte die Vorlage der letzten Propositionen der Mächte. Midhat Pascha entwickelte, in wie weit Concessionen, die der Verfassung nicht zuwiderliefen, aus Versöhnlichkeit gemacht worden seien und theilte mit, daß die Abreise der Botschafter und Conferenzdelegirten in Aussicht gestellt sei und daß man sich nicht verhehlen dürfe, daß die Pforte auf keine Allianz zu rechnen habe; der Großvezier ging dann näher auf die Schwierigkeiten der inneren Lage, namentlich auf die finanzielle, ein, hob hervor, daß es sich um einen ernsten Krieg handeln könne und daß man die Lage unter Berücksichtigung aller dieser Verhältnisse beurtheilen müsse. Von den in den großen Rath berufenen Vertretern der griechischen und armenischen Kirche, deren Anzahl etwa 60 betrug, wurden, wie es heißt, übereinstimmend mit den türkischen Würdenträgern die Propositionen der Mächte als nicht annehmbar bezeichnet und schließlich, wie erwähnt, formell die Ablehnung ausgesprochen. (Weitere Ausführung einer früheren Depesche).

Konstantinopel, 19. Jan. Mehemed Ruschdi Pascha ist dem Vernehmen nach zum Minister ohne Portefeuille ernannt worden.

(Aus L. Hirsch's Telegraphen-Bureau.)

Petersburg, 19. Jan. L. H. T. B.-Telegramme aus Kischineff melden beunruhigende Mittheilungen über den Gesundheitszustand des Großfürsten Nicolai-Nicolajewitsch. Das Ableben desselben wird stündlich befürchtet.

Konstantinopel, 19. Jan. Infolge des vom Großen Rathe einstimmig gefaßten Beschlusses, die Forderungen der Mächte energisch abzulehnen, herrscht großer Enthusiasmus und allgemeine Opferwilligkeit. Die officielle Antwort der Pforte erfolgt morgen. Die Botschafter treffen Vorbereitungen zu ihrer Abreise. — Aus Smyrna wird zur Abholung Chaudordy's und Bourgoing's ein Dampfer erwartet.

Konstantinopel, 19. Jan. Wegen der einstimmig erfolgten Ablehnung des Großen Raths kommt Rußland auf seine frühere Forderung der Occupation zurück und hat bereits den anderen Mächten diesbezügliche Mittheilungen gemacht.

Konstantinopel, 19. Jan. Die Aufregung ist hier in der Stadt sehr groß. Zahlreiche Volksmassen ziehen durch die Straßen, die Entscheidung des Großen Raths laut billigend. Von der fanatisirten Volksmenge werden Koransprüche citirt. Die Publication eines türkischen Manifestes wird als bevorstehend gehalten.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 19. Jan., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 204, 15. Pariser Wechsel 81, 23. Wiener Wechsel 161, 60. Böhmische Westbahn 138½. Elisabethbahn 113. Galizier 166¾. Franzosen*) 196¾. Lombarden*) 59½. Nordwestbahn 94¾. Silberrente 54½. Papierrente 49¼. Russische Bodencredit 79. Russen 1872 84⅛. Amerikaner 1885 101⅞. 1860er Loose 98⅞. 1864er Loose 246, 00. Creditactien*) 114⅛. Oesterreichische Nationalbank 652, 00. Darmst. Bank 99½. Berliner Bankverein 88⅛. Frankfurter Wechslerbank —. Oesterr.-deutsche Bank —. Meininger Bank 69¼. Hessische Ludwigsbahn 95⅞. Oberhessen —. Ungarische Staatsloose 135, 00. do. Schatzanweisungen alte 81. do. Schatzanweisungen neue 78¾. do. Ostbahn-Obligationen II. 56. Central-Pacific 98⅜. Reichsbank 153. Silbercoupons —. Goldrente 60. Speculationspapiere matt, ausländische Fonds niedriger.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 114⅜, Franzosen 197, 1860er Loose —, Silberrente —, Papierrente —, Galizier —, Lombarden —, Goldrente —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 19. Jan., Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-Act. 115½, Silberrente 54⅝, Goldrente 60¼, Credit-Actien 114½, 1860er Loose 99¼, Franzosen 492, Lombarden 151½, Ital. Rente 71, Vereinsbank 116⅞, Laurahütte 71, Commerzb. 98¾, Norddeutsche 122¾, Anglodeutsche 43, Internationale Bank 84½, Amerikaner de 1885 96½, Köln-Minden. St.-A. 100½, Rhein-Eisenbahn do. 110, Berg.-Märk. do. 80, Disconto 2⅝ pCt. Befestigt.

Silber in Barren pr. 500 Gr., fein Mk. 86,25 Br., 85,25 Gd.

Wechselnotirungen: London lang 20, 36 Br., 20, 30 Gd., London kurz 20, 44 Br., 20, 38 Gd., Amsterdam 168, 50 Br., 167, 90 Gd., Wien 160, 75 Br., 158, 75 Gd., Paris 80, 80 Br., 80, 40 Gd., Petersburger Wechsel 246, 50 Br., 242, 50 Gd.

Hamburg, 19. Jan., Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco ruhig, auf Termine behauptet. Roggen loco und auf Termine ruhig. Weizen pr. April-Mai 224½ Br., 223½ Gd., pr. Mai-Juni per 1000 Kilo 226½ Br., 225½ Gd. Roggen pr. April-Mai 164 Br., 163 Gd., pr. Mai-Juni per 1000 Kilo 164 Br., 163 Gd. — Hafer still. — Gerste matt. — Rüböl matt, loco 77½, pr. Mai pr. 200 Pfd. 76. — Spiritus still, pr. Januar-Februar 44¼, pr. Febr.-März 44¼, pr. April-Mai 44¾, pr. Mai-Juni pr. 100 Liter 100% 45. Kaffee ruhig, Umsatz 2000 Sack. Petroleum matt, Standard white loco 20, 00 Br., pr. Januar 20, 00 Br., per Februar-März 17, 50 Gd. — Wetter: Regen.

Liverpool, 19. Jan., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 8000 Ballen. Ruhig. Tagesimport 23,000 Ballen, davon 14,000 Ballen amerikanische, 3000 Ballen ostindische.

Liverpool, 19. Januar, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Unverändert. Ankünfte fest.

Middl. Upland 6 13/16, middl. Orleans 7 1/16, middl. fair Orleans 7¾, fair Orleans —, middl. Mobile —, fair Pernam 7 1/16, fair Bahia —, fair Maceio —, fair Maranham —, fair Rio —, middl. Egyptian —, fair Egyptian 6⅞, good fair Egyptian 7¼, fair Smyrna 5¾, fair Dhollerah 5⅝, fully good fair Dhollerah 6, middl. fair Dhollerah 5½, middl. Dhollerah 5⅛, good middl. Dhollerah 5⅜, fair Domra 5⅝, good fair Domra 5 15/16, fair Scinde —, fair Madras 5 7/16, fair Bengal 4⅞, good fair Bengal 5¼, fair Tinnevelly —, fair Broach 7.

Baumwollen-Wochenbericht. Schwimmend nach Großbritannien 434,000 Ballen, davon amerikanische 386,000 Ballen.

Manchester, 19. Jan., Nachmittags. 12r Water Armitage 8½, 12r Water Taylor 9¼, 20r Water Micholls 10½, 30r Water Gidlow 11½, 30r Water Clayton 12¼, 40r Mule Mayoll 12, 40r Medio Wilkinson 13½, 36r Warpcops Qualität Rowland 12, 40r Double Weston 13, 60r Double Weston 16¼, Printers 16/16, 34/50 8½pfd. 108. Markt ruhig, aber fest.

Petersburg, 19. Jan., Nachm. 5 Uhr. [Schluß-Course.] Wechsel London 3 Monate 29 11/32, do. Hamburg 3 Monate 250½, do. Amsterdam 3 Mt. 147 13/16, do. Paris 3 Mt. 308⅝, 1864er Prämien-Anleihe (gestplt.) 183½, 1866er Prämien-Anl. (gestplt.) 183½, ½-Imperials 6, 72. Große russische Eisenbahn 169½. Russ. Bodencredit-Pfandbriefe 102¾. Privatdisc. 9%.

Petersburg, 19. Jan., Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 49,00. Weizen loco 12,50. Roggen loco 7,50. Hafer loco —. Hanf loco —. Leinsaat (9 Pud) loco 12, 75. — Wetter: 15 Grad Kälte.

Paris, 19. Jan., Mittags. Rohzucker behauptet, Nr. 10/13 pr. Jan. pr. 100 Kilogr. 72, 50, Nr. 7/9 pr. Jan. pr. 100 Kilogr. 77, 50. Weißer Zucker behauptet, Nr. 3 pr. 100 Kilogramm pr. Januar 82, 50, pr. Februar 82, 50, pr. Januar-April 83, 00, pr. März-Juni —.

London, 19. Jan. Havannazucker 31½.

Antwerpen, 19. Jan., Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen unverändert. Roggen ruhig. Hafer stetig. Gerste matt.

Antwerpen, 19. Jan., Nachmittags. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 49 bez. u. Br., pr. Januar 49 bez. u. Br., per Februar 49 bez. u. Br., per März 46 Br., per April 46 Br. — Fest.

Bremen, 19. Jan., Nachm. [Petroleum] ruhig. (Schlußbericht.) Standard white loco 19, 25, pr. Januar 19, 25, per Februar 19, 25, per März 18, 00.

Berlin, 19. Jan. [Producten-Bericht.] Die Ablehnung der Conferenzvorschläge seitens der Pforte und die kriegerischen Consequenzen hiervon blieben ohne merklichen Einfluß auf die Haltung unseres Marktes. Der Terminhandel in Roggen war leblos wie zuvor, Preise sind kaum verändert. Die Kündigungen gelangten nur theilweise in feste Hände. Das Effectengeschäft war mäßig: die Bahnzufuhr fand bequeme Verwendung. — Roggenmehl still. — Weizen hielt man eine Kleinigkeit höher, und die Käufer, obschon schwach vertreten, mußten sich fügen. — Hafer loco sehr wenig beachtet. Termine ohne Umsatz. — Rüböl fortdauernd sehr still, Preise neigten zum Rückschritt. — Petroleum wenig belebt, nur Januar theurer. — Spiritus ist reichlich offerirt und es konnte sich der Werth des Artikels nicht ganz behaupten, doch ist die Haltung kaum als matt zu bezeichnen.

Weizen loco 195—240 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, weißer bunter polnischer — Mk. ab Bahn bez., per April-Mai 225—226 Mark bez., per Mai-Juni 226½ Mark bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Roggen loco 160—184 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russischer 160—162 Mark ab Boden bez., neuer russischer 160—168 Mk. bezahlt, neuer poln. — Mark bezahlt, inländischer 173—183 Mark ab Bahn bezahlt, per Januar — Mark bezahlt, per Januar-Februar 161½—162—161½ Mark bez., per Februar-März 162½ bis 162 Mk. bez., per Frühjahr 164½ Mk. bez., per Mai-Juni 162½—163 bis 162½ Mk. bezahlt, per Juni-Juli 162 Mk. bezahlt. Gekündigt 13,000 Ctr.

Spiritus loco „ohne Faß" 55,2 Mk. bez., per Januar 55,3—5—4 Mark bez., per Januar-Februar 55,3—5—4 Mark bez., per April-Mai 57,5—4 bis 5 Mark bez., per Mai-Juni 57,6—8—7 Mark bezahlt, per Juni-Juli 58,6—8—7 Mark bezahlt, per Juli-August 59,6—8—7 Mark bezahlt, per August-Sept. 60,1—3—60,1 Mark bez. Gekündigt 10,000 Liter. — Kündigungspreis 55,5 Mark.

Breslau, 20. Jan., 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war der Geschäftsverkehr im Allgemeinen schleppend, bei mäßigen Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen bei schwachem Angebot preishaltend, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 17,10 bis 19,30—21,50 Mark, gelber 17,10—19,10—20,90 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, nur feine Qualitäten beachtet, per 100 Kilogr. neuer 15,60 bis 17,30 bis 18,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste ohne Aenderung, per 100 Kilogr. neue 13,60 bis 14,80 Mark, weiße 15,20—15,80 Mark.

Hafer schwach preishaltend, per 100 Kilogr. neuer 13,50—14,60—15,50 Mark.

Mais blieb offerirt, per 100 Kilogr. 11,20 bis 12,20 bis 13,50 Mark.

Erbsen ohne Aenderung, per 100 Kilogr. 12—13,50 bis 15,20 Mark.

Bohnen mehr beachtet, per 100 Kilogr. 15,70—17,00—18,00 Mark.

Lupinen mehr offerirt, per 100 Kilogr. gelbe 9,50—10,50—11,20 Mark, blaue 9,30—10,40—11,00 Mark.

Wicken in matter Haltung, per 100 Kilogr. 13—14—15 Mark.

Oelsaaten in fester Haltung.

Schlaglein mehr beachtet.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	50	25	—	22	50
Winterraps	33	50	31	50	30	50
Winterrübsen	33	—	30	—	29	—
Sommerrübsen	31	—	29	—	28	—
Leindotter	27	—	26	—	23	50

Kleesamen schwach zugeführt, rother sehr fest, per 50 Kilogr. 59—69 bis 75—80 Mark, weißer unverändert, per 50 Kilogr. 62—71—79—86 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee unverändert, per 50 Kilogr. 23—27—30 Mark.

Mehl ohne Aenderung, per 100 Kilogr. Weizen fein alt 33 bis 34 Mark, neu 29—30 Mark, Roggen fein 26,75—27,75 Mark, Hausbacken 25,75—26,75 Mark, Roggen-Futtermehl 10,00—11,00 Mark, Weizenkleie 8 bis 9 Mark.

Witterungsbericht vom 19. Januar.

7—8 Uhr Morgens.

	Temperat. °Celsius.	Wind.	Wetter.
Memel	— 14	O leicht.	ganz bedeckt.
Hamburg	— 1	SO schwach.	einviertel bedeckt.
Crefeld	+ 4	SO frisch.	Regen.
Hannover	+ 2	S mäßig.	halb bedeckt.
Leipzig	0	S leiser Zug.	ganz bedeckt.
Berlin	— 2	S schwach.	halb bedeckt.
Breslau	+ 1	O leicht.	ganz bedeckt.
Bamberg	0	S leiser Zug.	ganz bedeckt.
Carlsruhe	— 2	O leiser Zug.	dreiviertel bedeckt.
Friedrichshafen	— 3	N leiser Zug.	Nebel.

Barometer Nordwesten etwas gefallen, sonst gestiegen, Temperatur Mittel- und West-Deutschland gestiegen, Provinz Preußen stark gesunken. Ostseegebiet und Südwestdeutschland Frostwetter, ruhig, meist trübe oder wolkig.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Januar 19. 20.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftwärme	+ 1°,1	— 1°,5	— 0°,5
Luftdruck bei 0°	335''',91	336''',22	335''',75
Dunstdruck	2''',00	1''',60	1''',71
Dunstsättigung	90 pCt.	92 pCt.	90 pCt.
Wind	SO. 1	SO. 3	SO. 2
Wetter	heiter.	heiter.	bedeckt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.